

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Er scheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Telephon 6
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Dvořákova nám. 32.
Bollschiedamt 57544.
Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreisachslatz.

3. Jahrgang.

Dienstag, 26. Juni 1923.

Nr. 146.

Das Urteil des Wahlgerichtes.

Vier Abgeordnete der tschechischen nationalsozialistischen Partei hatten sich bemüht, während der Verhandlungen über das Schutzgesetz innerhalb der Koalitionsparteien eine Verbesserung des Gesetzes durchzusetzen; als ihnen dies nicht gelang, stimmten sie entgegen dem Beschlusse ihrer Partei im Plenum des Abgeordnetenhauses gegen das Gesetz, dessen Inhalt sie als im Widerspruche mit ihrer Überzeugung, mit der ihrer engeren Wähler und wohl auch mit dem Programm ihrer Wähler stehend ansahen. Daß die Mehrheit der tschechischen nationalsozialistischen Partei daraufhin erkannte, daß für die vier Abgeordneten innerhalb der Partei kein Platz sei, das war eigene Angelegenheit der Partei, denn jede Partei hat das Recht, so freisinnig oder so reaktionär zu sein, als sie mag, die Verantwortung dafür hat sie vor den Wählern zu tragen. Für das Wesen und den Charakter der nationalsozialistischen Partei spricht es aber, daß sie dem Verhalten der vier Abgeordneten „niedrige und unehrenhafte Motive“ unterschoß und sie deshalb nicht nur aus der Partei ausschloß, sondern auch beim Wahlgerichtshof den Antrag auf Aberkennung ihrer Mandate einbrachte. Den „niedrigen und unehrenhaften Motive“ bezichtigten Abgeordneten der Verbänd-Gruppe wurde es sogar unmöglich, für diese schwere Ehrenbeleidigung im Gerichtshof Genugtuung zu erlangen, denn das von ihnen gegen die Senatoren Křofač, Klouba und Gnošpál im Senate eingebrachte Auslieferungsbegehren, welche als Mitglieder der nationalsozialistischen Parteiführung an dem wie erwähnt motivierten Ausschließungsbeschlusse teilgenommen hatten, wurde über Antrag des Senators Dr. Stránský von sämtlichen Koalitionsparteien abgelehnt.

Das Wahlgericht hat nun über den von der nationalsozialistischen Partei eingebrachten Antrag den vier aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten die Mandate aberkannt. Die Entscheidung widerspricht nicht nur dem Buchstaben des Gesetzes und dem allgemeinen Rechtsempfinden, sondern auch den Grundätzen jeder wahren Demokratie. Um zu dieser Entscheidung gelangen zu können, mußte das Wahlgericht den ihm vom Gesetz über das Wahlgericht vorgezeichneten Aufgabenkreis überschreiten und den Geist der Wahlordnung interpretieren. Nach dem Wortlaute des § 13 des Gesetzes über das Wahlgericht kann dieses nur in zwei Fällen auf Aberkennung von Mandaten entscheiden: wenn ein Mitglied des Parlamentes die Wählbarkeit verliert, oder wenn es aus niedrigen und unehrenhaften Motiven aufgehört hat, jener Partei anzugehören, auf deren Liste es gewählt wurde. Da ein Verlust der Wählbarkeit nicht in Frage kam, so hatte das Wahlgericht nur zu prüfen, ob bei den Gründen des Ausschlusses der vier Abgeordneten aus der nationalsozialistischen Partei „niedrige und unehrenhafte Motive“ in Betracht kamen. Der Entscheidung darüber aber wird das Wahlgericht aus dem Grunde wohl fühlen, daß in der Botierung der vier Abgeordneten gegen das Schutzgesetz alles eher als niedrige und unehrenhafte Motive erblickt werden können. Da es aber zur Aberkennung der Mandate gelangen mußte, hielt es sich an einen anderen Teil der Begründung des von der nationalsozialistischen Parteiführung eingebrachten Antrages, obwohl es diesen Teil gar nicht zum Gegenstande seiner Prüfung zu machen berechtigt war. In diesem Teil wurde gefordert, die vier Abgeordneten ihrer Mandate zu entziehen, weil sie sich durch Revers verpflichtet hatten, ihre Mandate niederzulegen, wenn sie von der Parteiführung hierzu aufgefordert werden sollten, welcher Aufforderung sie tatsächlich nicht nachkamen. Nirgends im Gesetze ist eine Bestimmung zu finden, die dem Wahlgericht das Recht geben würde, als Exekutivorgan einer

Aus dem Münchener Herentessel.

„Erhöhte Tätigkeit“ der Vaterländischen Verbände.

München, 25. Juni. Aus Anlaß einer Rathausgedächtnisfeier, bei der Thomas Mann und der Sozialpolitiker Potthoff sprachen, und eines Festes der sozialistischen Arbeiterjugend, welches gleichzeitig stattfand, kam es am Sonntag zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf fünf Personen teils schwere, teils leichte Verletzungen erlitten. Es werden immer neue Stoßtrupps gebildet. So wurde von den Nationalsozialisten durch einen öffentlichen Aufruf die Bildung einer Schlageterstoßtruppe gemeldet. Auch die „Vaterländischen“ Verbände, die infolge des Ergebnisses des Hochverratsprozesses furcht eine Wendung zur offiziellen Regierungspolitik vorgenommen haben, entfalten eine starke Tätigkeit, an der sich besonders General Ludendorff beteiligt. Unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten von Kahr propagiert dieser Verband im Einvernehmen mit den Regierungsparteien die Schaffung eines bairischen Staats-

präsidenten durch einen Volksentscheid, sowie die Wiederherstellung der bairischen Eisenbahn- und Finanzhoheit. Das katholische Regierungsblatt „Regensburger Anzeiger“ kündigt an, daß die bairische Regierung in dieser Richtung bereits die notwendigen Vorbereitungen treffe. Die sozialistische „Münchener Post“ weist darauf hin, daß für die nächste Zeit verschiedene Aktionen der rechtsextremsten Kampfbünde zu erwarten seien. Deshalb habe man den Schutz der demokratisch-republikanischen Veranstaltungen durch die sozialistischen Sicherheitsabteilungen verboten. In Regensburg hat sich ein Ausschuß gebildet, der zum Zwecke der Vorbereitung eines Volksentscheides über die Schuldtafel im Verfallenen Friedensvertrag Unterschriften sammelt. An der Spitze dieses Ausschusses steht ein bairischer Fürst, ein Regierungspräsident und ein katholischer Bischof.

Aufführung einer deutschösterreichischen Mordtat.

Der Mörder des Studenten Baur in München verhaftet.

München, 25. Juni. (Eigenbericht.) Die Ermordung Hans Baur, der am 27. März als Leiche aus der Isar gezogen wurde, scheint nun aufgeklärt zu sein. Amtlich wird mitgeteilt, daß es der Münchener Polizei gelungen sei, den 24jährigen Studenten Gustav Sengauer zu verhaften, der gestand, Baur erschossen und in die Isar geworfen zu haben. Ueber die näheren Umstände der Tat und ihre Beweggründe verweigert die Polizei weitere Auskünfte; man vermehrt in den Polizeiberichten insbesondere die Nachricht, daß das Verfahren gegen den deutschösterreichischen Schriftsteller von Buttsamer, der als dieses Mordes verdächtig verhaftet worden war und später gegen eine Kaution von fünf Millionen Mark freigelassen wurde, eingestellt worden wäre.

Rathenau-Gedenkfeier in Berlin.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) Der republikanische Reichsbund hatte zum Gedächtnis Rathenaus am Sonntag im Reichstag eine Feier veranstaltet, die sehr stark besucht war und eindrucksvoll verlief. Bemerkenswert ist, daß Reichskanzler Cuno in seiner politischen Rede anlässlich

der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Königsberg, des Jahrestages der Ermordung Rathenaus mit seinem Worte gedachte.

Ein Mord der Korbhändler.

Berlin, 25. Juni. (Wolff.) Die das Polizeipräsidium mitteilt, ist es der Berliner politischen Polizei zusammen mit der mecklenburgischen Landesstrafpolizei gelungen, einen politischen Mord der Korbhändler aufzudecken. Angehörige von mecklenburgischen Korbhändlertruppen haben vor einigen Wochen einen gewissen Cadow, der bis vor kurzem ebenfalls einer Korbhändlerorganisation angehörte, in der Nähe von Rarhim trunken gemacht, dann erschlagen und die Leiche im Walde vergraben. Sie hatten Cadow im Verdacht, die Doppelspieler mit der kommunistischen Partei. Die Polizei hat jetzt vier am Mord beteiligte festgenommen. Gegen drei weitere, die noch nicht ergriffen sind, ist ein Haftbefehl erlassen. Alle sind Mitglieder der in Mecklenburg noch nicht aufgelösten deutschösterreichischen Freiheitspartei und Angehörige der Organisation „Verein für landwirtschaftliche Berufsbildung“.

Bombenanschläge.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) In den letzten Tagen erfolgten neuerdings zwei Bombenattentate auf die von der französischen

Eisenbahnregie betriebenen Bahnhöfen in der Pfalz. Besondere Erregung verursachte ein Anschlag auf einen Arbeiterzug in der Westpfalz, der seit einiger Zeit mit ausdrücklicher Zustimmung der in Frage kommenden deutschen Stellen von deutschen Eisenbahnern aus dem Ruhrgebiet benützt wird; allerdings wurde dabei kein großes Unheil angerichtet. Das zweite Attentat erfolgte in Germersheim auf einen Güterzug, der hiebei engleiste.

Cunos Waffenstillstandsbedingungen.

Königsberg (Preußen), 25. Juni. (Wolff.) Der Vertreter der Behörden, der politischen Parteien und der großen Wirtschaftsverbände hiesiger Reichskanzler Dr. Cuno eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Für den Osten gilt, was wir dem Westen gegenüber erklärt haben: daß der deutsche Boden deutsch bleiben müsse. Aus eigener Überzeugung und Erfahrung kann ich sagen, daß der Geist der Abwehr und des Widerstandes im Einbruchgebiete noch ebenso entschlossen und fest ist, wie anfangs von aller Opfer an Leben, Freiheit, Gesundheit und Eigentum, die das Land in der Zwischenzeit hat auf sich nehmen müssen. Daher muß unsere Politik eine aufrichtige und gerade, aber auch eine politische sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser acht deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern. Was von dem Memorandum erwartet werden konnte, ist im wesentlichen erreicht worden. Denn von vornherein war klar, daß man nicht durch einen wie immer gearteten Schritt von heute auf morgen zu Verhandlungen am selben Tisch mit den Franzosen kommen konnte. Die Welt gelang es zu überzeugen, daß es der aufrichtige Wille Deutschlands ist, Nachbar zu Nachbar mit anderen Völkern zu leben, Reparationen nicht zu versprechen, sondern zu zahlen und hiezu alle Kräfte unseres Volkes bis zum Äußersten einzusetzen, unter der Voraussetzung freilich, die es immer wieder voranzustellen muß, daß wir sagen können: am Ende dieser Leistungen steht die Freiheit. Es ist ein starker Fortschritt gemacht worden, wenigstens Frankreich noch nicht verhandlungswillig ist und immer noch die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt: eines Widerstandes, der nicht auf Befehl der Regierung, sondern aus dem Willen der Bevölkerung erwachsen ist, und den keine Regierung, selbst wenn sie wollte, durch einen Beschluß beenden könnte; den aber auch keine deutsche Regierung vorzeitig zu beenden wünschen kann, so lange sie nicht als Ergebnis dieses Widerstandes den gesicherten Weg zu einer Lösung der Gerechtigkeit und Billigkeit aufzeigen kann.

Partei zu fungieren, und es fällt daher auch nicht in seine Kompetenz, darüber zu wachen, daß Verpflichtungen, die Abgeordnete ihren Parteien gegenüber übernommen haben, eingehalten werden, wenn nicht, wie es eben der § 13 bestimmt, niedrige und unehrenhafte Motive ihrem Verhalten zugrundeliegen. Ob nun die Abgeordneten der Verbänd-Gruppe niedrig und unehrenhaft gehandelt haben, dies zu prüfen, hat der Wahlgerichtshof ausdrücklich unterlassen und er hat zur Grundfrage seiner Entscheidung lediglich den Umstand der Unterscheidung der Revers gemacht und er hat sich an die Bestimmungen des Wahlgesetzes über das System der gebundenen Kandidatenlisten gehalten, woraus er die Folgerung zog, daß nicht die Abgeordneten, sondern die Parteien gewählt werden und es Sache jeder Partei sei, zu bestimmen, welche Abgeordneten sie im Hause haben wolle. Da nun die vier Abgeordneten wegen Nichterhaltung des unterschriebenen Reverses aus der Partei ausgeschlossen wurden, sei der Grund für die Aberkennung ihrer Mandate gegeben. Das Wahlgericht arrogiert sich damit eine Kompetenz, die ihm keineswegs zusteht. Das System der gebundenen Listen ist ein formaler Vorgang, aber wenn man es auch gelten läßt, daß die Mandate der vollständig freien Verfügung der Parteien unterliegen, so ist doch gewiß, daß im Gesetz die daraus folgenden Konsequenzen nicht gezogen werden, denn wie das Gesetz über das Wahlgericht besagt, zieht nicht jeder Austritt oder Ausschluss aus einer Partei den Verlust des Mandates nach sich, sondern

nur dann, wenn „niedrige und unehrenhafte Motive“ dazu geführt haben. Das Wahlgericht ist aber über das Gesetz hinausgegangen und hat, um zu der angeführten Entscheidung gelangen zu können, eine nach seiner Meinung bestehende Lücke des Gesetzes auszufüllen gesucht, ein Vorgang, der als Eifer, dem Wunsch der nationalsozialistischen Partei auch gegen den Wortlaut des Gesetzes zu dienen, gewertet werden muß. Aber es handelt sich bei der Sache nicht nur um die offensbare Fehlscheidung des Wahlgerichtes, sie muß auch vom demokratischen Standpunkte bekämpft werden. Es ist nicht das erstmal, daß durch einen politischen Vorgang Gruppen von Abgeordneten sich von den Parteien, auf deren Kandidatenlisten sie gewählt wurden, lösteten, so beispielsweise die Kommunisten, die aus der deutschen und der tschechischen sozialdemokratischen Partei ausschieden, und die Hlinka-Gruppe, die vordem der tschechischen Volkspartei angehörte. In keinem dieser Fälle kam es zur Einbringung eines Antrages beim Wahlgericht auf Aberkennung der Mandate, eben weil es sich um die Bildung von politischen Gegenströmungen innerhalb der bestimmten Parteien handelte. So war es doch auch gewiß im Falle des Verhaltens der Verbänd-Gruppe: nicht bloß die vier Abgeordneten waren mit der Stellung ihrer Partei zum Schutzgesetz nicht einverstanden, sondern auch deren Wähler. Würde das System der gebundenen Listen mechanisch ausgelegt werden, so könnte es geschehen, daß im Verlaufe einer Legislatur-

periode durch einen politischen Umwandlungsprozess eine Partei längst in ihre Atome aufgelöst erschien, ihre Wählererschaft längst anderen politischen Anschauungen zuneigt, die alte Partei aber, die auf ein Minimum zusammengedrumpft wäre, würde trotzdem das Recht haben, für alle Abgeordneten, die nach ihrer und der Überzeugung der Wähler handeln wollten, Erzyabgeordnete in unverminderter Zahl an ihre Stelle zu setzen. Diese mechanische Auslegung des geltenden Wahlgesetzes, wie sie leider in der Entscheidung des Wahlgerichtes zum Ausdruck kommt, ist unmoralisch und undemokratisch, und sie bedeutet die Regierung des Grundgesetzes, daß die Hauptinstanz für die Verteilung der politischen Haltung der Abgeordneten die Wählererschaft ist. Das System der gebundenen Kandidatenlisten hat gewiß gegenüber anderen Wahlsystemen den Vorteil, daß es das persönliche Moment bei der Wahlwerbung zurückdrängt und die politischen Parteiprogramme vorangestellt, aber daß die Partei des Herrn Křofač so weit ging, durch die Berufung des Wahlgerichtes die vier Abgeordneten ihrer Mandate zu berauben, damit hat sie das demokratische Wahlsystem zur Farce gemacht. Sie hat wohl ihre Mandate gerettet, aber das Rechtsempfinden der Bevölkerung verletzt und Unrecht verübt, das ihr keine guten Früchte tragen wird. Wenn sie die Bilanz ihres mandatskämpferischen Vorgehens zieht, wird sie finden, daß dem Gewinn von vier Mandaten ein weit größerer Verlust gegenübersteht.

Ausbeutung deutscher Arbeiter in Frankreich.

Die empörenden Tatsachen, die man hier erfährt, veröffentlichen L. E. in der „Frankfurter Zeitung“, um deutsche Arbeiter vor der Ausbeutung durch französische Unternehmungen und vor den Verlockungen diverser Wähler zu warnen.

Die von deutscher Seite, sowohl von der Regierung wie insbesondere von den Gewerkschaften mehrfach gemachten Angebote, einen Teil der deutschen Reparationsschuld in der Form der Arbeitsleistung, das heißt auf dem Wege direkter Vereinfachung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Bestellung von Arbeitkräften und durch Lieferung des Aufbaumaterials abzutragen, sind sowohl bei den amtlichen französischen Stellen, wie vor allem beim französischen Unternehmertum auf unüberwindliche Widerstände gestoßen. Die abgeschlossenen Lieferungsverträge sind niemals zur Ausführung gekommen, weil die französischen Bauunternehmer, die mehr oder weniger von der Schwerindustrie abhängen, das deutsche Material bevorzugen, die Heranziehung deutscher Arbeiter aber ist von Anfang an rundweg abgelehnt worden mit der Begründung, die Bevölkerung würde die Anwesenheit von Deutschen als eine Herabwürdigung betrachten, und man sei infolgedessen außerstande, für die Sicherheit deutscher Arbeiter zu garantieren. Daß diese Behauptung mit dem Ergebnis mehrfacher, in verschiedenen Wiederaufbauabschnitten vorgenommener Abstimmungen in striktem Widerspruch steht, und daß eine ganze Anzahl von Gemeinden der zerstörten Gebiete — allerdings ohne Erfolg — bei der französischen Regierung vorstellig geworden ist, sie möge durch Zulassung deutscher Unternehmungen und deutscher Arbeitskräfte die Beschleunigung des Wiederaufbaues ihrer Städte und Dörfer ermöglichen, das nur nebenbei!

Tatsache ist jedenfalls, daß alle Widerstände und Bedenken dieser Art verstummt sind in dem Augenblick, wo das französische Unternehmertum auf den Gedanken gekommen war, die infolge der Wertentwertung billig gewordene deutsche Arbeitskraft nicht im Dienste des Reparationsproblems, sondern zu eigenem Profit zu verwerten. Da in Frankreich selbst starker Mangel an geeigneten Arbeitskräften, insbesondere an Hocharbeitern, Maurern und Zimmerleuten, Aufsteigern usw. herrscht, waren die französischen Bauunternehmungen schon früher gezwungen, in größerem Umfange ausländische Arbeiter, insbesondere Italiener, Portugiesen, Tschechoslowaken und Polen heranzuziehen. Seit einigen Monaten ist man dazu übergegangen, auch in Deutschland, vor allem im besetzten Gebiet, Arbeiter in größerer Zahl anzuwerben. Daß dies mit ausdrücklicher Zustimmung und wohlwollender Förderung der französischen Regierung geschieht, ergibt sich daraus, daß die Verträge, die den Deutschen zur Unterzeichnung vorgelegt werden, den Stempel des französischen Arbeitsministeriums und den Kopfermerk „Arbeitsvertrag für Bauarbeiter aus den rheinischen Provinzen“ tragen.

In welcher Weise diese Verwendung erfolgt und wie die deutschen Arbeiter dabei von den französischen Unternehmungen über Ohr gehauen werden, mögen die folgenden, auf der deutschen Botschaft in Paris zu Protokoll gegebenen Erfahrungen zeigen, die eine Gruppe von 33 deutschen Arbeitern zum größten Teile aus dem heftigsten Kreise Großrauen und der Umgebung von Frankfurt stammend, im Wiederaufbaugebiete gemacht hat. Die Leute, die meist Familienväter sind, wurden Anfang Mai von einem deutschen Agenten Heindle aus Trier, Esallee 56 wohnhaft, in ihren Heimatgemeinden angeworben. Heindle, der sich als Vertreter der deutschen Regierung zur Anwerbung deutscher Arbeiter für das Wiederaufbaugebiet ausgeben haben soll, bereiste im Auto in Begleitung eines Franzosen, der sich als französischer Konsularagent in Trier bezeichnete, die einzelnen Dörfer und wußte es durch Verhei-

Wahlniederlage von Poincarés Rechtsblock.

Paris, 25. Juni. Im Departement Seine et Oise fanden gestern die Ersatzwahlen für die zwei verstorbene Abgeordneten statt, die mit der Liste des nationalen Rechts unter der Führung Andre Tardieus gewählt worden waren. Der erste Wahlgang hatte kein Ergebnis und es mußte Stichwahlen stattfinden. Die größte Stimmenzahl vereinte sich auf die radikalen Abgeordneten Franklin Bouillon und Gouss mit rund 56.000 Stimmen, sodann kommen die beiden Kandidaten der republikanischen Union mit rund 50.000 Stimmen. Die Liste der Kommunisten, an der Spitze der Parteileite der Schwarzen Meer-Flotte Marty, erzielte rund 42.000 Stimmen, die Sozialisten rund 9000 Stimmen.

Dieses Wahlergebnis hat große symptomatische Bedeutung. In einem Kreise, wo bei den letzten Wahlen der Rechtsblock noch die absolute Mehrheit errungen hat, blieb er diesmal mit 56.000 Stimmen gegen 101.000 der verschiedenen

linken Parteien im Hintertreffen. Da sich Poincaré vor kurzem von den Radikalen Herrschaftslosigkeit hat, ist an dem Ausgang der Stichwahl so weit nicht zu zweifeln, daß der Rechtsblock bei ihr unterliegen wird. Und just mit ihm hat sich Poincaré auf Gedeih und Verderben verbunden. Mog sein, daß er sich durch dieses Bündnis, indem er allerlei Unklarheiten beseitigt hat, für die Dauer der gegenwärtigen Kammer eine verlässliche Mehrheit verschafft hat; um so sicherer ist sein Sturz durch die nächsten Wahlen besiegelt, wenn man von der Stimmung der Wählerschaft des Kreises Seine et Oise auf die Stimmung der französischen Bevölkerung überhaupt schließen darf. Wenn nicht alles trügt, so steht Frankreich nicht mehr hinter der Kammer, nicht mehr hinter Poincarés innerer und äußerer Politik. Das ist ein Lichtblick im wirtschaftlichen und politischen Dunkel der Gegenwart: Ein Jahr wird sich noch die in Poincaré verborgene Reaktion halten; die Wahlen von 1924 werden ihn und sein System hinwegschwemmen.

zung anseits günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, daß die Leute die von ihm mitgeführten, in französischer Sprache abgefaßten, vorgegedruckten Kontrakte unterzeichneten. Die Angeworbenen wurden von Heindle, dem sie ihre Pässe haben abliefern müssen, nach Trier beordert und von dort bis an die Grenzstation Sierck gebracht, wo ihnen die nunmehr mit einem vom Chef du Service de Circulation in Mainz ausgestellten Ein- und Rückreisepaß nach Frankreich versehenen Pässe zurückgegeben wurden.

In Montdidier, wo die Einstellung erfolgte, erhielten die Mitglieder der Kolonne besondere für Deutsche bestimmte Anweisepapiere, in denen die Anwesenheitsverpflichtung ausdrücklich auf die beiden Gemeinden Grivilliers und Courtemanche, in denen die Arbeit erfolgen sollte, beschränkt war, und den Inhabern unterzogen wurde, ihren Unterschriftsbereich zu verlassen. Die Unterbringung geschah in sehr primitiven Baracken, die Verpflegung, die in Anrechnung auf den Arbeitslohn vom Unternehmer geliefert wurde, gab zunächst zu keinen Beschwerden Anlaß, ließ jedoch in der Qualität erheblich nach, als die Arbeiter wegen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen mit der Firma in Differenzen gerieten. Bei der Anwerbung hatte man ihnen in der Bezahlung völlige Gleichstellung mit den französischen Arbeitern zugesichert, in den Verträgen, die sie, ohne ein Wort des französischen Textes verstanden zu haben, unterzeichnet hatten, stand es jedoch wesentlich anders. Während ein französischer Bauarbeiter in den zerstörten Gebieten es auf 50—60 Francs pro Tag bringt und bei den Arbeitern anderer Nationalitäten der Tagesverdienst sich um etwa 45 Francs herum bewegt, blieben die Deutschen weit unter der Hälfte dieses Betrages. Nach den Bestimmungen des von den Arbeitern unterzeichneten Vertrags sollte sich der Arbeitsverdienst nach Abzug der gesetzlichen Versicherungsbeiträge wie folgt zusammensetzen:

1. Freie Unterkunft und Verpflegung, für die ein Betrag von 9 Frs. täglich in Aufschlag gebracht wird.
2. Ein festes Tagesgeld von 3 Frs., das auch an den Tagen zur Auszahlung gelangt, an denen nicht gearbeitet wird.
3. Eine Familienunterstützung, die den in Deutschland verbliebenen Angehörigen jedes Arbeiters in Mark ausbezahlt wird. Nach dem Vorwurf des Formulars soll deren Höhe von dem französischen Arbeitsnachweis in Trier jeweils auf der Basis der deutschen Bauarbeiterlöhne festgesetzt und von Monat zu Monat dem Wechsel der Verhältnisse in Deutschland angepaßt werden. Sie soll jedoch den Gegenwert von 7 Frs. nicht übersteigen. Abweichend von dieser Bestimmung haben sich die Arbeitnehmer bei Ab-

schluß des Kontraktes mit einer endgültigen Fixierung der Familienunterstützung auf 8000 Mk. einverstanden erklärt, was bei dem heutigen Kurs etwa 1.25 Frs. entspricht.

4. Eine Akkordprämie, die sich nach der Menge und Güte der geleisteten Arbeit richten soll.

Die Berechnung dieses beweglichen Teiles des Arbeitsverdienstes, dessen genaue Festsetzung im Vertrage den Vereinbarungen zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern vorbehalten ist, ist in einer Weise erfolgt, daß es die deutschen Arbeiter bisher im besten Falle auf 15 bis 20 Francs pro Arbeitstag brachte, ein Betrag, der nicht nur weit unter dem liegt, den Arbeiter anderer Nationalitäten mit der gleichen Arbeitsleistung verdienen, sondern auch unzureichend ist, um in Frankreich das Leben fristen zu können. Dazu kommt, daß die Familienunterstützungen, die die Arbeitgeberin, eine der größten Pariser Bauunternehmungen, bereits vor Wochen nach Trier überwiesen haben will, bisher noch in keinem Fall ausgezahlt worden sind. In ganz ähnlicher Weise sind die deutschen Arbeiter mit den Arbeitsbedingungen hereingelegt worden. In dem von ihnen unterschriebenen Kontrakt heißt es z. B. über die Regelung der Arbeitszeit: „Die normale Beschäftigung beträgt sechs Tage in der Woche bei acht Stunden Arbeitszeit, zu denen jedoch die Nacharbeit für Versäumnisse und die in den geltenden Reglementen vorgesehenen Abweichungen hinzuzutommen.“ In einer Anmerkung hierzu wird „zur Aufklärung“ beigelegt, daß auf Grund der oben erwähnten Abmachungen die Arbeitszeit in der französischen Bauindustrie auf acht Stunden während der schlechten und auf zehn Stunden während der guten Jahreszeit festgesetzt sei. Während aber die übrigen Arbeiter für die beiden Ueberstunden die tarifliche Vergütung erhalten, bekommen die Deutschen nichts, da sie sich ja zu zehn Stunden Arbeit während des Sommers verpflichtet haben. Unter Verweisung darauf, daß es sich nicht um eine „normale“ Beschäftigung handle, wird von ihnen fernerhin Sonntagsarbeit verlangt.

Auf die Reklamationen der Arbeiter hat die beschäftigende Firma geantwortet, daß sie sich strikt an die Bestimmungen des abgeschlossenen Vertrags halte, und tatsächlich scheint ihr in dieser Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden zu können, um so weniger, als dieser Vertrag nicht von ihr selbst, sondern vom französischen Arbeitsministerium ausgearbeitet worden ist. Der Versuch, die Notlage deutscher Arbeiter zugunsten des französischen Unternehmertums — nicht etwa der zerstörten Gebiete — auszubuten, geht also von der französischen Regierung selbst aus.

Anlauf

Die Legionäre gegen ... Reaktion. Am Samstag fand im Weimberger Nationalhaus eine Sitzung des Vorstandes der Legionärgemeinde statt. Nach den Beschlüssen wurde eine Anhebung beschlossen, in der es u. a. heißt: In der letzten Zeit wächst die Freiheit des politischen und kulturellen Rückschlusses, der zum Schaden der demokratischen Staatsidee die Schlagworte Nationalismus und Religion mißbraucht und es wagt, bereits öffentlich seine Hoffnung auf eine gegen das fortschrittliche und sozialistische Lager, welches die Mehrheit der Nation bildet, gerichtete Diktatur auszusprechen. Insbesondere wird konstatiert, daß der freie Angriff auf das hehre Andenken des durch die liberale Presse unter den Legionären große Erregung hervorgerufen hat. Die liberale Presse meldet sich im besetzten, geeinigten und von der Tradition der hussitischen Demokratie erfüllten Staat offen und launhaftig zur Reaktion und verdeckt nicht ihre Gelüste nach Beherrschung der Republik. Wir sprechen unsere Erbitterung darüber aus, daß die republikanischen Reformer oft unreine und schimpfliche Angriffe auf die verdientesten Repräsentanten des Staates dulden und so der antistaatlichen Reaktion überflüssigen und unbegründeten Schutz gewähren. Gegenüber diesen Erscheinungen erklären wir: „Wie gegen andere Nationen, werden wir auch innerhalb der Nation das Programm der Demokratie verteidigen, welches uneingeschränkte Gedankenfreiheit gewährt und die ausübende Gewalt im Staate den Grundgesetzen und der Ordnung gewährt, auf der sich die Mehrheit der Nation frei einigt. Dieser Grundsatz bedeutet für die Legionäre die Pflicht der Bereitschaft gegen alle Angriffe auf die Demokratie von Seiten der Reaktion, die sich unter dem Deckmantel des Nationalismus und der Religion in die Kammer drängt. Der Vorstand der tschechoslowakischen Legionärgemeinde erklärt schließlich, daß 50.000 organisierte Legionäre in Verbindung mit allen fortschrittlichen Schichten der Nation alles tun werden, um zur rechten Zeit jeden gewalttätigen Versuch der Reaktion eines Umsturzes im Staate zu verhindern.“

Die allernueste Rede des Dr. Kramar. Der Führer der tschechischen Nationaldemokraten läßt seinen Sonntag verfrischen, ohne eine seiner „großen“ Reden zum Besten zu geben. Diesmal war es Bilsen, wo er seine politischen Weisheiten verzapfte. Sein Weg vom Bahnhof bis zum Versammlungsort glich, um im Jargon der „Narodni Demokracie“ zu sprechen, einem „Triumphzug“. Am Bahnhof wurde er ebenfalls, wie üblich, „majestätisch“ begrüßt. In den Straßen bildeten Mädchen in Nationalkostümen und Mitglieder der Bilsener Fleischer- und Selchorganisation Spalier. In den an Kramar gerichteten Begrüßungsansprachen wurde Liebe zur „Idee, welche die nationaldemokratische Partei in den tschechischen Herzen anzündet“, ein groß verschrieen. Kramar erklärte in seiner Rede u. a. auch, daß es in der tschechoslowakischen Nation drei Gruppen gäbe. In die erste Gruppe gehören diejenigen, denen die Nation alles ist, das sind die tschechischen Nationaldemokraten. Ueber der Nation aber steht — und daran vergaß der Freund des Herrn Preis — die Zivobank. In die zweite Gruppe rechnet Dr. Kramar jene, die zwar nicht antinationalistisch sind, aber deren Gefühl vom ererbten Antinationalismus verdunkelt ist, und in die dritte Gruppe reißt er die Kommunisten ein. Sichtlich an die Adresse der Legionäre wendeten sich seine Worte, in denen es heißt, daß „es gut wäre, wenn sich „unserer Burjaken“ etwas von jenen sagen ließen, die früher geboren wurden und gewisse Erfahrungen haben. Weiter betonte Kramar, er hätte schon der Kompromisse genug, die Hauptpolitik aller müsse eine nationale sein. Zum Schluß proklamierte der Fabrikant und Billensbesitzer die „solidarische Arbeit des Kapitals mit den arbeitenden Kräften“. Ein

Der singende Soldat.

Von Henri Barbusse. Verechtigte Uebersetzung von Johannes Kunde.

(Schluß.)

Dieser Kubik erweckte in dem Mann, der zum erstenmal glücklich war, einen Mißton, aber bald gewann er seinen frohen Mut wieder.

Eine phantastische Zielung folgte: die der Dienstzweige hinter der Front. Reihen von Strahlen, Plänen, Paraden. Die Motore der Postunteroffiziere, Kammergebäude, welche hunderttausende neuer, zusammengestellter, übereinandergeschichteter Bekleidungsstücke — wie Uniformorgeln — im Schloß des Dunkels anfüllten; flache Bauten von Verbandstationen, die in ihrem riesigen Umfang wie Sörge von Armeen aussehnen; der Soldatenfriedhof mit seinen Baumseletten in Kreuzform. Eine unaufhörliche Bewogung, Fläche, Gebraun, Rädergeräusche, Wägelchen, Patronen... ohne Zweifel, es war etwas im Werke, das deutete Offensive an. Aber der Mann, der langsam das alles querte, gleich mit seinem soliden Glücksgefühl einem Woch, den nichts außer Hoffnung bringen konnte.

Und schon schritt er durch die Reste des Dorfes: ein Schutzgewirr. In den Einfriedungen — hinter den niedrigen Mauertrümmern — hoben sich einige weiße Gärten ab. Der Staubwirl der niederfartfähigen Häuser hatte sie so übermalt. Die Kirche, deren Kreuz vom Anschlag abgetrennt war, stellte jetzt einen Verbandsp

dar mit einem lustlos tief in ihren Körper eingeschnittenen roten Kreuz.

Explosionen! Aufblitzen! Heftige Kanonaden in der Ferne, rings herum. Auf überragendem, eine Klippe über dem Erdboden bildenden Hügel — unter den Glutten des Himmels — standen Generalsstabsoffiziere, um das Vornehmungs-, Einkreisungs- und Bestreichungsfeuer zu beobachten.

Einer sagte: „Das ist schön!“
Ein anderer: „Kommt noch besser!“
Dann kehrten sie nach hinten in ihr Quartier zurück.

Der wieder in die ungeheure Verantwortung des Kriegshineingerissene Ex-Mitläufer empfand um und über sich eine Drohung. Aber nichts hielt stand vor der tiefen Färllichkeit in ihm, der häßliche Eindruck verlor sich ganz. Er ging sogar in ein schnelleres Marschtempo über, als wenn er es eilig hätte und begann vor sich hin zu singen.

Elastisch überquerte er einen mit Stümpfen von jungen Bäumen übersäten Weg. Hier verankerte ihn eine Stelle, die einem Winkel seines Dorfes glich — es war ein Mauerstück, die Hälfte eines Portals — im Nebel des Abends noch lauter zu singen.

Ein Soldat, der in einer Höhle hauste und ihn so unternehmend, leicht gestikulierend, dahertrotten sah, täuschte sich über seinen Zustand und hielt es für Pflicht, ihn zu warnen:

„Achtung, mein guter Alter! Hier sind Stufen! Zerbrich deine Ripe nicht!“
Er setzte über die Aufnahmegräben hinweg. Das waren neue, schöne, glattgehobelte Gräben, denen der Geruch des Frischen anhaftete.

Sie waren angefüllt mit wilden, lachenden Senegalnegern und Feldgendarmen — diesen Veruffsoldaten, die von allen Kategorien weisensfähiger Bürger jene sind, welche am wenigsten während des Krieges gekämpft haben. Diese nach außen mit allen Waffen ausgefletteten Uniformen hatten die Aufgabe, dem Frontsoldaten das Hinterland abzuriegeln, die Flucht des Menschenmaterials zu verhindern. Man nannte diese Gräben Aufnahmegräben. Eine rein ironische Redewendung.

Um übrigens dem Zurückkehrenden jeden Zweifel zu nehmen — als er über den langen, von Menschen wimmelnden Graben sprang, hörte er die Lache eines Negers — ein Gebiß bleckte ihn an — und der Schwarze machte eine Grimasse, als wolle er ihn mit dem Bajonett aufspießen. „Französischer Soldat!“ grölte er.

Ehe der Mann seine Weste hätte zur Ausführung bringen können, war er jenseits dieser schmutzigen Zone. Er fühlte sich wie erlöst. Einen Augenblick stand er in Zinnen. Dann hielten sich seine Füße auf.

Ein Stid weiter war er im richtigen Graben, dem langen Fuchsbau, dessen Mündung die bequemen Gendarmen und die armseligen schwarzen Domestiken — wie Jäger auf dem Anstand — überwachten. In den endlosen Stollen steht man sich plötzlich von der Welt getrennt, taucht in eine Nacht, die den stärksten Erdgeruch ausströmt und wird tief in den Mittelpunkt des furchtbarsten Mysteriums hineingerissen. Von Biegung zu Biegung schreitet man, streift ein Gesangener dieser langen Gänge, an beide Wände, wird von den

ungestakten Massen umklammert und niedergedrückt, daß einem der Atem vergeht.

Er aber — eingeschlossen in dieser schmalen weltfernen Hölle — hörte nicht auf zu singen.

Inzwischen ging da aber auf der Ebene etwas vor. Die Feuerblitze und Kanonenschüsse wurden zahlreicher. Rischende Raketen lenkten die Blicke auf sich, ihr rotes und grünes Licht wiegte sich auf dem Dunkel. Im Bruchstück eines demolierten Verbindungsganges, welches die Kommandos der Erdarbeiter seit langem nicht ausgebeffert hatten, waren die Böschungen so wellenförmig, daß für Momente der Kopf auf der Oberfläche aufschwante die Augen wurden von der niedersinkenden Lichtmasse geblendet.

Etwas entfernter zersplitterte ein Baum. Man sah ihn über eine Weggabelung, wo der Krater abgeflacht war, emporkragen; ganz nahe nahm man den furchtbaren, metallischen, peitschenden Laut eines Brandgeschosses wahr; die große Lichtflut schüttelte, ruckte und riß.

Er, der soviel Lärm brauchte, sang bei diesem Getöse aus voller Kehle. Dabei stieg er immer auf und nieder in dieser welligen Ebene. Manchmal schien sekundenlang der helle Tag herein gebrochen oder es sah aus, als wenn alle Sterne aufkammten. Im Gelände konstatierte man die Einschläge, gruppenweise, Sternbildern gleich Granatfächer: ganze Nester getöteter Soldaten.

Aber obgleich diese mächtigen, sich jäh ablösenden Lohen ihm auf den Grund der Seele leuchteten, alles von Kanonenschüssen widerhallte und dröhnte, fühlte er sich in Erinnerung an Clairene nur immer glücklicher.

wahrhaft grandioses, aber doch schon abgenutztes Bauernfängermodell! Als Dr. Kramos geendet hatte, erhob sich laut Bericht der „Narodni Democraie“, die Versammlung und sang das „Ade demov nuj“, worauf neuerdings die Versammlungsteilnehmer in begeisterte und endlose Ovationen für Dr. Kramos ausbrachen. Auch wenn Franz Josef erschien, wurde das „Gott erhalte“ gespielt: warum sollte man beim Erscheinen dessen, der Franz Josef einen Genosse nannte, das „Ade demov nuj“ gespielt werden?

Rückzug der Nationalisten. Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ und der „Nordböhmische Volksbote“, die die Lüge, der „Sozialdemokrat“ werde von tschechoslowakischen oder deutschböhmischen Regierungsgeldern gespeist, wiederholten und neue Lügen hinzufügten, haben wir mit einem Beifolgsheft abgetan, an Herrn Dr. Lodgman über die direkte Frage gerichtet, ob er diese Lumperei der deutschnationalen Presse mit seinem Namen deckt, die da Partei und Zentralorgan der deutschen Sozialdemokraten verleumdet, ehemals Sowjetgelder bezogen zu haben. Herr Lodgman hat bisher geschwiegen; bricht er das Schweigen nicht, dann weiß er — denn wir haben es ihm klar zu verstehen gegeben — daß wir von nun an zwischen ihm und den deutschen Nationalisten keinen Unterschied machen werden. Die verkommenen tschechische Presse aber macht sich den Rückzug einfach: sie „erklärt“, daß sie nur wiederholt hätte, was „Cesky“, „Pravo Lidu“ und „Vorwärts“ geschrieben und verschweigt jetzt, da die Sache unangenehm geworden, die Tatsache, daß die Lüge von den „Vollschweißentwässlern“, die nicht mehr für die Sozialdemokraten und ihr Zentralorgan rollen, ihre ureigenste, niederträchtigste Erfindung sind. Freigiebig und Verlogenheit gehen bei den Deutschnationalen Hand in Hand. Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ versucht gar nicht, sich zu verteidigen; nach Bubensart freuen sich die Hafentruer-Zeitungsleiter darüber, daß wir nicht sie, sondern den großen Bruder, den Führer Lodgman, vor die Schranken forderten und drum schreien sie: „Wir haben nichts gemacht, wir können nichts dafür, der dort ist schuld daran.“ Mit Bubens zu streiten, ist unsere Sache nicht; es steht bei Herrn Lodgman, zu beweisen, ob er anderer Art ist.

Ausland.

Das allgemeine Frauenwahlrecht in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die holländischen Frauen haben wieder gewählt. In allen Gemeinden des ganzen Landes haben zum ersten Male mit dem allgemeinen Frauenwahlrecht kommunale Wahlen stattgefunden.

Die Sozialdemokraten haben auf tausend Gemeindevorteiler ungefähr fünfzig Sitze verloren, also ungefähr fünf Prozent. Die Anzahl der weiblichen sozialdemokratischen Gemeindevorteiler hat sich dagegen vermehrt. Wir haben jetzt 54 weibliche sozialdemokratische Gemeindevorteiler, anstatt 50, wie früher. Wir konnten im allgemeinen nicht anders als einen Verlust erwarten, nachdem das allgemeine Frauenwahlrecht zum ersten Male sich geltend machte.

Bei den Parlamentswahlen verloren die Sozialdemokraten ein Drittel der Sitze, also mehr als bei den Gemeindevahlen. Es hat uns Sozialdemokraten aber außerordentlich angenehm gestimmt, daß unsere Hauptstadt Amsterdam, wo unsere Frauen seit lange viele Propaganda machen, uns Vorteile gebracht hat. Vor zwei Jahren hatten wir nach dem allgemeinen Frauenwahlrecht die erste außerordentliche Wahl; damals wurde 1 Abgeordneter, jetzt, 1923 noch 2 Abgeordnete mehr gewählt; von 13 im Jahre 1921 sind wir jetzt auf 16 gestiegen, bei 45 Abgeordneten des ganzen Gemeinderates. Unter den

Der Abend war der Nacht gewichen, als er die unterirdische Massendehnung, wo seine Abreise am Rande von Höhe und Schwere lag, erreichte. In Wäanderrindungen schlich er dem Untergrund seiner Kompagnie zu.

„Du kommst gerade recht zum Kommando!“ bewillkommnete ihn der Adjutant. Bloß noch einer fehlte! Nimm einen Spaten! Und dann: leise, du weicht! Bei dir hat sich wohl eine Schraube gelockert? „Reiß dich zusammen!“

Der von Glück Berauschte schämte sich ein wenig, schwieg aber. Seine Wonne konnte nichts stören. Der Jubel stieg ihm immer wieder zum Kopf empor, und der Gesang, der in seiner Seele seit der Abreise fortlunte, strömte ihm stets aufs neue aus der Kehle.

Der kleine Schaufeltrupp hatte auf den weichen schwarzen Schoten im kalten Dunkel zu arbeiten begonnen, und er schnurrte wieder wie ein Kater am warmen Feuer.

„Wird das Subjekt ruhig sein! Verdammte nochmal!“ rief der Adjutant.

Je ferner Clairine, um so mehr durchdringt sie sein Wesen, um so mehr will er sich ganz eins mit ihr fühlen. Er springt verwegener über schwarze raube Klöße hinweg. Sternschnuppen illuminierten. Das ist ein Fest, ein Feuerwerk zu Ehren der ungeheuren Verwandlung seines Lichts in Glück. Nichts wird ihn davon hindern, daß Schönes ihm mehr als schön erscheint und sein Gesang nicht laut erschallt.

„Ruhig!“ deuten ärgerlich die Kameraden. Was Soldat in ihm ist, erlaubt ihm bei der nächtlichen Arbeit die Feststellung, daß es keine unmittelbare Gefahr gibt; den feindlichen Linien

Eine Hafentruer-Schandtät.

Sprengstoffattentat auf das sozialdemokratische Druckereigebäude in Münster.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) Die Wiederkehr des Tages, an dem vor einem Jahre Walter Rathenau ermordet worden ist, hat das deutschvölkische Verbrechergesindel dazu angetrieben, um eine neue Schandtät zu begehen. Wie schon amilich gemeldet wurde, ist in der Nacht zum Sonntag auf die Druckerei unserer Parteiblätter in Münster ein Sprengstoffattentat ausgeübt worden, durch welches das Gebäude mit sämtlichen Einrichtungen zerstört wurde. Menschen sind dadurch nicht Schaden gekommen, dagegen müssen die in Münster erscheinenden drei Parteiblätter in der nächsten Zeit in einer anderen Druckerei hergestellt werden. Wenn auch über die Person der Täter noch nichts ermittelt ist, so herrscht doch kein Zweifel, daß sie in deutschvölkischen Kreisen zu suchen sind, von denen vor einiger Zeit schon ein ähnlicher Anschlag ausgeübt wurde. In der Bevölkerung, insbesondere unter der Arbeiterschaft, herrscht große Empörung. Das Attentat fürchte einen Racheakt darstellen, da unsere Genossen die Unschädlichmachung

der zahllosen Geheimorganisationen verlangten, die Münster zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Von ihnen gehen auch die verschiedenen Sabotageakte aus, deren böse Folgen dann die ganze Bevölkerung zu tragen hat.

Für den Vorfall in Münster trägt die Reichsregierung eine gewisse Mitschuld; trotzdem ihr bekannt ist, daß in den Ruhrgebieten die Nordorganisationen bestimmte Vorbereitungen treffen, um den passiven Widerstand in einen aktiven zu verwandeln, tut sie doch nichts dagegen. Aus manchen Handlungen müssen die Verschwörer sogar schließen, auf die Zustimmung der Regierung rechnen zu dürfen. So soll vor kurzem auf Geheiß einer hohen Reichsstelle ein höherer Beamter in Münster die Hofentlassung einiger Personen veranlaßt haben, die bei einem Dynamittransport ertappt worden waren. Die Arbeiterschaft denkt nicht daran, das Attentat ruhig hinzunehmen und verlangt eine klare Stellungnahme der Reichsregierung zu den Sabotageakten.

Aktionen, die den Sozialdemokraten Anhang verschaffen, sind folgende zu nennen: Ein Antrag auf Anlauf einer Pasteurierungsanstalt und auf Groß-Verkauf der Milch durch die Gemeinde Amsterdam und ein weiterer zur Stiftung einer großen zentralen Markthalle. Ferner hat die ausgezeichnete kommunale Mutterchaftsfürsorge unter der Führung eines Sozialdemokraten ungezweifelt großen Einfluß gehabt und die Frauen der Arbeiterklasse zu der sozialdemokratischen Politik geführt.

Wir sind also mit dem Erfolg des allgemeinen Frauenwahlrechtes in Holland nicht unzufrieden und erwarten mit Sicherheit, daß dieses Recht, den Frauen gegeben, uns Sozialdemokraten auf die Dauer nur Gewinn und Verstärkung bringt. Wenn jetzt die großen Fragen und Streitpunkte der Sozialdemokraten kräftiger angefaßt werden sollen: Entwaffnung und Sozialisierung, dann werden sich die Frauen nicht mehr vom Anschluß an uns zurückhalten lassen. Alles hängt von der Propaganda unter den Frauen und von den großen europäischen Ereignissen ab.

Für den Bund des sozialdem. Frauenklubs:
L. Tilanus.

Die Ausmerzang deutscher Schulen in Polen.

Die Minderheiten hierzulande werden von den Schulbehörden gewiß nicht verwöhnt, aber was die Minoritäten Polens zu erleiden haben, spottet jeder Beschreibung. Die Schulgewaltigen dort bestreiten sich ohne Rücksicht auf „Demokratie“ und ähnlichen Firtelanz frei und offen zum „Sten“ und wüten mit einem Vandalismus gegen die Deutschen Erziehungsanstalten, der den Namen eines Kulturvolkes für immer schänden muß — sicher gegen den Willen der breiten Massen dieses Volkes. Als Beispiel sei das Schicksal der einseitigen Schulstadt Teschen angeführt. Dort gab es einst, im alten Oesterreich, Mittelschulen: Gymnasium, Realschule, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt, Mädchenlyzeum.

Die Teilung Teschens, welche die wirtschaftliche Lebenskraft der Stadt im allgemeinen und den deutschen Charakter ihrer Kultur im besonderen an der Wurzel getroffen hat, gab den Vorwand dazu, die Lehrer-, Lehrerinnenbildungsanstalt und das Mädchenlyzeum aufzulassen und Gymnasium und Realschule zu einer Einheitsmittelschule zusammenzuführen, wo einst reiches Schulleben pulste, blieb also nur ein farger Rest übrig.

Doch auch der kranke noch die Sprecher des „Herrenvolkes“, den schlesischen Tejm, der Woj-

ist man ziemlich fern; zudem beschligt der Offizier das Kommando noch immer persönlich, worauf er sonst im gegebenen Augenblick verzichtet. Er konnte also nicht wie ein bestrafter Schüler in Schweigen verharren. Das war stärker als er. Die Schlichtheit seines Herzens hatte Gewalt über ihn, und seine Stimme — sie sang, ohne daß er sich über Stunde oder Ort Rechenschaft ablegte.

Da bekamen alle, die dabei waren, Angst vor diesem felsigen Menschen, vor dieser Stimme, die zu singen nicht abließ. Man war zu weit vorn, um ihn zurückzuschicken. Die Schatten hielten, verwirrt, in ihrer Arbeit inne; Panik befiel sie.

„Bringen Sie ihn zum Schweigen, gleichgültig wie!“ sagte der Offizier zum Adjutanten, er behte, ohne Zweifel vor Zorn.

Der Adjutant zog den Hals ein, verschwand brummend und ingrinnig in der Nacht. Bald darauf sank tiefes, unendliches Schweigen wieder über die Ebene.

Bei Morgengrauen führte der Adjutant das Kommando zurück in den Graben; wie er vor dem Kapitän stand, meldete er:

„Es fehlt einer.“

„Ärgerlich!“ sagte der Hauptmann, dem es um seine Leute zu tun war.

Er sah Blut an der Wäsche des Unteroffiziers. „Sie sind verwundet?“

„Nein, mein Kapitän, das ist von meinem Messer.“

„Ah, sehr gut!“ . . . Er ahnte irgend ein Heldentat.

Entscheidende Beratungen Paris-London.

Paris, 25. Juni. (Savas.) Die Blätter berichten, daß der englische Vorkonferenzkreuzer gestern mit Boinecaré eine Konferenz über die Reparationsfrage hatte. Nach einer Meldung der „Times“ glaubt man, daß diese Unterredung die letzte Etappe darstellt, in der die französisch-englischen diplomatischen Verhandlungen auf dem Boden gemeinsamen Einverständnisses beendet werden könnten.

Vollversammlungen der Völkerbündigen.

Wien, 24. Juni. (Tsch. B. Z.) An der Eröffnung der siebenten Vollversammlung der Völkerbündigen nahmen ungefähr 250 Delegierte aus 23 Ländern teil. Dr. Dumba, Präsident der österreichischen Völkerbündigen, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gefundung Europas durch gegenseitiges Verständnis der Völker endlich in die Wege geleitet werde. Ein erfolgreiches Zeichen des Regenerationsprozesses sei die Anwesenheit des Vertreters der Vereinigten Staaten. Amerika werde die Einsicht gewinnen, daß die organische Einheit aller Völker die Vorbedingung seiner gefunden Entwicklung sei.

Walter Caldwell (Vereinigte Staaten) sagte u. a.: Die Völkerbündigen müsse schließlich die Sympathie der ganzen Welt gewinnen, denn nur durch den Völkerbund könne die demokratische Entwicklung der Welt, die von allen Kulturvölkern gewünscht werde, gesichert werden. Der Einfluß des Völkerbundes müsse aber zu diesem Zweck wirklich realisiert werden, und wenn dieser Einfluß heute noch von vielen, insbesondere in Amerika von allzuvielen, als illusorisch betrachtet werde, so habe gerade die Völkerbündigen mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß der Völkerbund in den Stand gesetzt werde, seine Ziele zu erreichen.

Am Nachmittage begannen die Kommissionen für internationale, politische, ökonomische und juristische Fragen, für internationale Zusammenarbeit, die Abrüstungskommission und die Minoritätenkommission (Präsident: Dickinson, England) ihre Arbeiten. Es werden vierzehn Resolutionen zum wirksamen Schutz der nationalen, sprachlichen und religiösen Minoritäten in Zentral- und Ost-Europa vorbereitet.

An der Konferenz sind beinahe alle Staaten beteiligt, Polen aber nicht, da zu der Konferenz eine ostgalizisch-ukrainische Assoziation selbständig und nicht im Rahmen der polnischen Delegation hätte zugelassen werden sollen. Erst in den Vorbereitungen der Konferenz wurde dieses Mandat der selbständigen Vertretung ausgelassen. Die tschechoslowakische Delegation wird geführt vom Senator Dr. Brabec, der auch als Vizepräsident fungiert. Die Delegierten der deutschen Liga in der Tschechoslowakei sind Abgeordneter Dr. Medinger und Professor Dr. Kauchberg. Die slavischen Minderheiten in Oesterreich haben für die Konferenz eine Broschüre in französischer Sprache vorbereitet, in welcher alle ihre nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Beschwerden werden zusammengefaßt sind. Neben das ähnliche Vorgehen der Deutschen Liga auf der Brager Tagung und unserer Partei in Hamburg schrieben die Tschechen aber als über ein „Nationalität“ und „Verfälschung“ (Peter und Morio, T. Red.)

Gemeinderatswahlen in Linz.

Feste Stellung der Sozialdemokraten.

Wien, 25. Juni. (Eigenbericht.) Bei den Gemeinderatswahlen in Linz haben die Sozialdemokraten von ihren bisherigen 33 Mandaten drei verloren, die Christlichsozialen verloren von ihren bisherigen 17 eines und die Nationalsozialisten, die bisher keine Vertretung hatten, haben vier Mandate gewonnen. Gegenüber den Nationalsozialisten von 1921 haben aber die Sozialdemokraten einen weit größeren Gewinn an Stimmen als die bürgerlichen Parteien aufzuweisen. Die Nationalsozialisten haben ihre Mandate nicht den Sozialdemokraten, sondern den Großdeutschen abgenommen.

Der Zwist der italienischen Maximalisten.

Rom, 24. Juni. (Tsch. B.) Die auf dem letzten Mailänder Kongreß der Maximalisten in der Minderheit geliebten Anhänger der Fusion mit den Kommunisten haben unter dem Titel „Note Blätter“ eine Wochenschrift herausgegeben, die von Terrati, Maffi und Buffoni geleitet wird. In der ersten Nummer dieser Wochenschrift wird die Parteileitung heftig kritisiert und angegriffen. Die Parteileitung hat beschloffen, die Zeitung des Blattes aufzufordern, diese Veröffentlichungen einzustellen. Gestern hat die Redaktion der „Note Blätter“ den Beschluß gefaßt, die Veröffentlichungen fortzusetzen.

Der Abg. Matteo Gentili, Leiter des „Corriere d'Italia“, hat wegen Meinungsverschiedenheiten in Sachen der Wahlreform seinen Austritt aus der Partei der Popolari erklärt.

Demonstrationen bei der Verhaftung eines Kommunisten.

Breslau, 25. Juni. (Tsch. B. Z.) Die Staatsanwaltschaft in Altschlief erhielt am 23. d. M. an die Gendarmeriestation in Schemnitz den Auftrag, wegen Aufwiegelung (?) den Sekretär der kommunistischen Partei Balastak zu verhaften und ihn in Haft zu legen.

Telegramme.

Die Mark steigt.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) Auf dem Devisenmarkt erfolgte eine weitere Abschwächung, da Industrie und Handel sich vorläufig sehr zurückhalten; der Dollar sank von 121.000 auf 114.000, die Tschechoskone von 3640 auf 3411. Die Regierung bereitet weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation vor; die Ausstellung von Erlaubnisscheinen für den Devisenhandel soll erschwert, der Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln sowie der Ankauf ausländischer Wertpapiere überhaupt verboten werden.

Valasch erfuhr von seiner geplanten Verhaftung und verließ das Haus. In der Nacht auf den 24. d. M. kehrte Valasch in seine Wohnung zurück und wurde früh morgens um 8 den 25. d. M. verhaftet. Er rief dem Gendarmen aus, begann mit seiner Frau aus dem Fenster zu schreien und gewisse Zeichen (?) zu geben. Kurz darauf lief vor dem Haus eine große Menge von Anhängern der kommunistischen Partei zusammen, die die inzwischen durch die übrige Mannschaft der Gendarmen in der Zahl von 15 Mann (!) verstärkte Wache zu bedrohen (?) begann. Inzwischen kam ein bestelltes Auto (!), Valasch wurde in dasselbe gefasst, doch verhinderte eine mit Steinen und Stöcken ausgerüstete Volksmenge seine Abfahrt. Die versammelten Kommunisten geborchten nicht der amtlichen Aufforderung zum Auseinandergehen und ihre Erregung (!) stieg immer mehr. Deshalb wurde von den Gendarmen dem Automobil freie Bahn gemacht. Nur eine einzige Person wurde unbeschädigt verfehlt. Mit Rücksicht darauf, daß die versammelte Menge sich nicht entfernte und die Gendarmen zu ihrem Auseinanderdrängen nicht genügte, wurde militärische Assistance berufen, mit deren Hilfe die versammelte Menge auseinandergetrieben und Ordnung (!) gemacht wurde. Die Gendarmen leitete auch sofort die Untersuchung ein und wird die Urheber der Ausschreitungen feststellen.

Tages-Neuigkeiten. Gegen das Hazardspiel.

Ein Parteigenosse schreibt uns: „Die veröffentlichten am Sonntag die skandalöse Hazardspiel-Affäre, die mit dem Selbstmord des Bankbeamten Brod ihr vorläufiges Ende fand. Schon vor einem Jahr teilten Sie in einem Aufsatz mit, daß in vielen Prager Lokalen — auch in solchen, die von Proletariern besucht werden, dem Hazardspiel gehuldet wird. Daran hat sich leider nichts geändert: Nachmittags für Nachmittags, Abend für Abend wird in den Prager Kaffeehäusern hazardiert; die Polizei kennt den Uebelstand und stellt sich blind. Wie zum Hohn sind in jedem Spielzimmer die Tafeln angebracht: „Hazardspiel verboten“. Ungeniert wird täglich Geis und Recht gebrochen. Wo bleiben da die Detektive, Polizisten und höheren Organe, die bei der geringsten Arbeiterdemonstration rücksichtslos einschreiten? Sind sie blind, wenn es gilt, gegen berufsmäßige Müßiggänger vorzugehen? Die Stachs und Frenkelers laufen in Prag dugendweise herum. Der Polizei können doch unmöglich die Namen der Berufsspieler, die jeder Kaffeehausbesucher kennt, unbekannt sein. Daher bleibt der Unfug des Hazardierens nicht auf Spielunke beschränkt; ob am Graben oder im Vorort, ob im „Kontinental“ oder „Repräsentationshaus“ — es ist überall dasselbe. Wenn ein paar Bankmaguaten ihr leicht verdientes Geld verpuffen, so ist dies in der Zeit des Glucks eine gefährliche Provokation; wenn aber täglich anständige, fleißige Beamte und Angestellte, in dieses verwerfliche Treiben gelockt, aus arbeitsamen Menschen Lumpen werden, ist für uns Reden doppelte Pflicht. Die Kaffeesieder sind der Spielerei nicht gewachsen, sie bilden den Stempel. Umsonst die Verantwortung tragen darum die Aufsichtsbehörden, die sich den unerhörten Zuständen gegenüber passiv verhalten; verantwortlich ist diese Gesellschaftsordnung, in der der fleißige hungern muß, der Müßiggänger sich auf Kosten der Arbeitenden bereichern darf und durch Vordrängen anständige Menschen verderbt.“

Wir unterschreiben jedes Wort aus dieser Einsendung unseres Genossen. Hinzuzufügen ist noch, daß all das, was für Prag gilt, zumindest im wesentlichen Maßstab auch für die Provinz, wohl für alle Städte der Republik zutrifft. Die Polizeibehörden werden nunmehr, so hoffen wir, diesem Treiben erhöhtes Augenmerk zuwenden. Wie wir erfahren, hat die politische Landesverwaltung in Prag an alle untergeordneten Behörden einen Rundbrief versandt, in der sie auf das Verbot der Errichtung von Spielstätten und auf die Bestrafung der Hazardspieler erinnert. Gesuche um Errichtung von Spielstätten sind nicht zu bewilligen und gegen Hazardspieler ist auf das strengste vorzugehen. Inländische Hazardspieler sind dem Verichte anzuzeigen, Ausländer, die beim Hazardspiel betreten werden, sofort auszuweisen. — Mit dem Erlaß allein ist nichts oder nur wenig getan, wenn die ausübenden Organe energisch und rücksichtslos Razzia veranstalten, um den Hazarddeuren das Handwerk zu legen. Der Fall Brod dürfte wohl in Prag, wie in der Provinz, die Notwendigkeit zielbewussten Vorgehens erbracht haben.

Im Kleinen wie im Großen.

In der letzten Zeit kamen in das Prager Sicherheitsdepartement Anzeigen, daß auf der Koblenz und zwar im Garten hinter dem Invalidenklub um große Beträge Regel geschoben wird. Am Samstag gegen sieben Uhr abends wurde dort eine zehngliedrige Gesellschaft beim Regelspiel ausgehoben. An vier Tischen saßen die Bankhalter. Es befanden sich gerade 3000 K in der Bank, die beschlagnahmt wurden. Gegen zehn Personen wurde die Strafanzeige erstattet.

Dr. Herron Leon und Alfons Stach, Briefmarkensammler, und Erwin Stach, Hochschüler, alle drei wohnhaft in Prag II, Pstrossova 5, legen Wert auf die Feststellung, daß sie mit dem Professionspieler Stach, den wir als Mitglied

der Spieler-Gesellschaft im Hotel de Saxe nennen, nicht identisch sind und gar keine Beziehungen zu ihm haben.

Genosse Josef Hannich — ein Achtzigjähriger. Genosse Josef Hannich, der Leiter der deutschböhmischen Arbeiterbewegung, feierte dieser Tage in Wien, wo er die wohlverdienten Ruhejahre seines an Kampf und Arbeit so reichen Lebens verbringt, seinen achtzigsten Geburtstag. Vom ganzen Herzen begrüßen wir diese seitene Geburtstagsfeier, die uns Gelegenheit gibt, unserem Hannich zu sagen, wie sehr wir ihn schätzen und ehren, wie unvergessen sein Wirken geblieben ist, wie sein Name untrennbar verknüpft ist mit dem Aufstieg der nordböhmischen Arbeiterschaft und des sudetendeutschen Proletariats überhaupt. Wie gern würde die deutschböhmische sozialdemokratische Arbeiterschaft ihrem allerersten Führer an seinem Jubeltage in ihrer Mitte feiern! Das Schicksal will es anders und so begrüßen und beglückwünschen wir ihn denn aus der Ferne. Ungebrochen in der Kraft seines Geistes und Körpers möge er noch manches Jahr im stolzen Bewußtsein erleben, daß er sich im Herzen seiner deutschböhmischen Brüder und Töchter ein ewig Monument errichtet hat, das kein Sturmwind niederreiht. Noch heute, hochbetagt, spendet uns Genosse Hannich aus dem reichen Vorrat seiner Erfahrungen; noch fährt er wie ein Junger kräftig die Feder, vor ein paar Monaten erst haben wir einen Aufsatz Josef Hannichs in unserem Blatte veröffentlicht. Sechs Jahrzehnte, mühseligen Lebens, opferreichen Kämpfens haben ihn ungeschwächt gelassen. Glück auf dem Achtzigjährigen! — Die Wiener Arbeiterschaft feierte am Sonntag den sechzigsten Geburtstag Franz Dörmers, des Führers der österreichischen Metallarbeiter, eines der ersten, ältesten Vertrauensmänner der österreichischen Sozialdemokratie, dessen Namen der Arbeiterschaft unseres Landes wohl bekannt ist. Gen. Franz Dörmers nehme auch unsern Glückwunsch entgegen.

Die Arbeitlosenversammlungen „aufgelöst“ werden. In Rosenberk in der Slowakei fand am letzten Dienstag eine öffentliche Versammlung der Arbeitlosen statt, die von den Kommunisten einberufen worden war und an der sich 3000 bis 4000 Arbeitlose beteiligten. Die Einberufer der Versammlung erstatteten einen Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit und über die „Tätigkeit“ der Regierung, wobei aus der Menge Aufschrei des Mißfallens und Unwillens erschollen. Trotz dieser erregten Zwischenrufe verhielten sich die Arbeitlosen vollkommen korrekt und es war gar kein Anlaß zum Einschreiten gegeben. Der Bezirks-Gendarmenkommandant ließ jedoch den in einem Hause auf dem Platz untergebrachten dreißig Gendarmen den Befehl geben, die Massen vor dem Arbeiterhause auseinanderzutreiben. Ueber die Art und Weise, wie die „Auflösung“ der Versammlung vor sich ging, können wir leider nicht berichten, da der Bericht im „Rube Bravo“, dem wir unsere Informationen entnehmen, von dieser Stelle an der Konfiskation verfiel. Jeder denkende Arbeiter kann sich allerdings von der Art und Weise der Auseinandertreibung im Hinblick auf die Konfiskation des „Rube Bravo“ die richtige Vorstellung machen.

Ein bestialischer Prügeljasse. Unser Karlsbader Bruderkreis berichtet von einem Religionslehrer, der während einer Unterrichtsstunde einen Schüler so durchprügelte, daß dieser ohnmächtig wurde. Die Sache trug sich folgendermaßen zu: Am 21. Juni kam in der Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags der Religionslehrer Friedrich Reindl in Kufsattel in die fünfte Klasse der dortigen Schule und verprügelte in Gegenwart des Lehrers — es war mitten in der Unterrichtsstunde — den Schüler Emil Schramel, das Kind eines Kriegesgefallenen, mit einem Stöckchen dermaßen bestialisch, daß der Schüler die Besinnung verlor und der Stöckchen in Stücke ging. Das Kind wurde zu einem Arzt gebracht, der folgendes Zeugnis ausstellte:

Emil Schramel wurde heute von mir ärztlich untersucht. Ich fand bei demselben vom oberem Rande der Schulterblätter bis zu den Hüften zahlreiche, feuerrote, meistens parallel verlaufende, scharf begrenzte Blutuntertungen. Einzelne dieser Striemen sind sehr stark geschwollen. In der Mitte des rechten Unterarmes findet sich eine große Zahl zusammenhängender, hart geröteter Striemen und diese Partie besonders stark geschwollen und schalenförmig breit umfärbt. Die Zahl der sichtbaren Striemen ist unzählbar.

Die Untersuchung ergab, daß der Pflast der Knaben deshalb so unmenfchlich behandelt hatte, weil dieser vor der Kommunion etwas gegessen hatte! Als dann der Vormund des Knaben bei dem Pflast wegen des Vorfalles vorstellig wurde, um ihn wegen seines Vorgehens zur Verantwortung zu ziehen, verriegelte der Pflast zuerst die Tür und erklärte dann dem Vormund, daß er das Kind so geschlagen hätte, damit die Öffentlichkeit sehe, daß er sich vor ihr nicht fürchte. Er hätte das Kind auch ohne weiters aus der Klasse herausgerufen und todschlagen können, ohne daß jemand etwas davon bemerkt hätte. — Gegen den Pflast wurde bei der Gendarmerie in Neufattel und beim Bezirksfiskusauschuss die Anzeige erstattet.

Minderheitsschule und Achtstundentag. In Mährisch-Rothwasser wird eine tschechische Schule gebaut. Der Baumeister Sedlaček aus Heilendorf hat für diesen Bau tschechische Bauarbeiter gewonnen, die täglich vierzehn Stunden (!) an dem Bau arbeiten müssen. Bei dieser Arbeitszeit verdienen die Maurer aber höchstens 21 Kronen täglich. Natürlich verliert man, der tschechischen Arbeiter-

schaft die Ueberschreitung des Achtstundentages dadurch plausibel zu machen, daß man ihnen erlaubt, daß es sich um eine nationale Sache handelt. Da aber die tschechische Schule in Mährisch-Rothwasser der Staatsverwaltung untersteht, so ist es der Staat selbst, der die Arbeiter um einen skandalösen Hungerlohn vierzehn Stunden täglich arbeiten läßt und auf diese Weise den Achtstundentag sabotiert. Außerdem müssen die Arbeiter täglich eine Stunde unentgeltlich für die tschechische Minderheitsschule arbeiten. Im Rothwasserer Bezirke herrscht, wie in allen Gebieten dieses Staates eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Nichtsdestoweniger wurden für den Bau der Schule Arbeiter von weither angeworben. Diese Leute, die vielleicht monatelang arbeitslos waren, stehen sich um wenigstens etwas zu verdienen, von den tschechischen Chauvinisten, die die Schule bald hergestellt wissen wollen, die skandalöse und gegenwärtige Arbeitszeit aufzwingen. Unter der Arbeiterschaft des Bezirkes herrscht ob dieses Vorgehens des Baumeisters der Schule natürlich ungeheure Erbitterung und sie empfinden die Aushungerung der gefesselten Bestimmung über den Achtstundentag als eine Provokation, gegen die sie sich entschieden zur Wehr setzen wird.

Aufhebung eines großen Spiritusmuggels in der Slowakei. In Kaschau wurde dieser Tage der Speiditeur Glud verhaftet, der betrügerische Manipulationen und Schmuggeln von Spiritus beschuldigt wird. In den Magazinen der Firma Glud und Stern — Stern gelang es, nach Ungarn zu entfliehen — wurde eine ungeheure Spiritusmenge beschlagnahmt. Der Spiritus wurde zum größten Teil nach Deutschland und Oesterreich nach Kaschau geschmuggelt. Den Eisenbahnangestellten kamen schließlich die Manipulationen der Speiditionsfirma Glud und Stern verdächtig vor und sie erstatteten die Anzeige. Bei der weiteren Untersuchung dieses Schmuggelbandes kam die Spur, die Spiritus aus Polen und Rumänien nach der Slowakei brachte. Diese Schmuggelbande hat den Staat in der letzten Zeit um 11 Millionen Kronen betrogen. Die Speiditeure Aurel Schwarz und Hugo Schreier aus Kiralyhözmezö wurden bereits verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Eine angegebene Konfiskation. In der vorletzten Woche wurde unser Aussen Parteiblatt wegen einer Notiz, die sich mit dem Nach der Deutschen Bank in Reichenberg beschäftigte, auf Grund des § 18 des Schuggesetzes wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten konfiskiert. Dagegen wurde beim Kreisgerichte Leitmeritz Einspruch erhoben und in der gestern nachmittags stattgefundenen Verhandlung trotz des Einspruches des Staatsanwaltes die Konfiskation aufgehoben, nachdem festgestellt wurde, daß die Bank bereits am 6. Juni beim Kreisgerichte Reichenberg den Antrag auf 35prozentigen Zahlungsausgleich eingereicht hatte, während die betreffende Notiz erst am 7. Juni erschien. Es konnte sich somit nicht um eine Verbreitung unwahrer Nachrichten handeln, da gerichtlich festgestellt wurde, daß die Notiz und die darin enthaltenen Angaben vollständig auf Wahrheit beruhten. Der Staatsanwalt erhob gegen die Entscheidung den Rekurs, der nunmehr vor dem Oberlandesgerichte zur Ausragung kommen wird. Auf alle Fälle dürfte der Aussen Jensor, der seinen Hebereifer allzusehr zur Schau trug, nunmehr für einige Zeit geheilt sein.

Gemeinden mit einer Mehrheit von Soldatenwählern. Wie aus Josefstadt gemeldet wird, ergab sich bei der Zusammenstellung der Wählerlisten, daß von den 3800 Wählern, 2100 Soldaten sind. In der Gemeinde Milowitz bei Rumburg haben die Soldaten sogar auf Grund ihrer Wählerstimmen in der Gemeinde eine Zweidrittelmehrheit.

Für die Abschaffung des Trinkgeldes. Im Ministerium für Volkernahrung wurde ein Entwurf auf Abschaffung des Trinkgeldes ausgearbeitet. Es soll eine vollkommene Beseitigung des Trinkgeldsystems eintreten, da jeder Arbeitgeber seine Angestellten selbst entsprechend bezahlen müsse. Von einem Vorschlag der Einführung der prozentuellen Zuschläge für die Kellnerschaft sieht dieser Entwurf ab, da man in der Slowakei und Karpathenland, wo die prozentuellen Zuschläge derzeit bestehen, sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat, so daß sogar das Landbewirtschaftungsamt in Preßburg und das Bucheramt in Mähores die Beseitigung des Zuschlagensystems gefordert haben. In den Betrieben dieser beiden Stellen wird angeführt, daß die Restaurateure von den für die Kellnerschaft bestimmten zehn Prozent oft nur vier bis fünf Prozent auszahlten und den Rest für sich behalten. Es kam sogar vor, daß Unternehmen, die überhaupt keine Kellner beschäftigen die Zuschläge aufgerechnet haben.

Volkshilfskursus Bilin vom 2. bis 14. Juli 1923. Da noch einige Plätze zu vergeben sind, werden Anmeldungen auch noch noch dem 20. Juni 1923, sonder der Platz reich, angenommen. Es werden folgende Themen behandelt: Ziele und Wege der Volkshilfsbildung (Prof. Eduard Trenhausen), Gemeindebüchereiwesen (Dr. Anton Mouda), Gemeindebüchereiprofessor Dr. S. Rauchberg), Selbstverwaltung (Landesrat Dr. A. Slawitschek), Volkshilfsbildungsbeispiele (ein Arzt). Der Kursbeitrag beträgt 30 tsch. Kronen. Für billige Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Der Aufwand für eine Person wird täglich etwa 20 bis 25 K betragen. Für wenigstens 30 Teilnehmer ist freie Unterkunft gesichert. Am Fahrpreisermäßigung wird angelehnt. Die Anmeldungen sind zu richten an den Sonderausschuss des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper für das ge-

samte Volkshilfsbildungswesen in der tschechoslowakischen Republik in Tepliz-Schönau, Schmejskplatz 9, 2. Stock.

Verbrecherische ungarische Legitimisten. Ueber die Veranstalter des angeblichen legitimistischen Buchverlages in Ungarn, in dessen Zusammenhang seit einigen Tagen massenhafte Verhaftungen vorgenommen werden, werden jetzt noch einer Meldung der „Arbeiter-Zeitung“ Personalien bekannt. Die drei Brüder Kovacs, die an der Spitze der angeblichen Buchverteilung standen, waren früher Detektive der Staatspolizei und haben damals den Mord an dem Klavierfabrikanten Reichmann begangen. Sie beteiligten sich später an der Vandenbewegung im Burgenland und konnten, da sie als Aufständische unter militärischem Schutz standen, von der Polizei nicht festgenommen werden. Nach der Heimkehr aus dem Burgenland organisierten sie eine Terrorbande, verübten Exzesse und veranstalteten mit behördlicher Bewilligung Sammlungen für sogenannte kulturelle und patriotische Zwecke. Das so eingenommene Geld wurde dann in Nachtlokalen und bei Gelegenheiten verlost. Vor kurzer Zeit gelang es ihnen mit Hilfe einer von ihnen gegründeten „Nationalen Liga der kulturellen Vergangenheit“ zehn Millionen Kronen durch Sammlungen aufzubringen. Bei der Einvernahme erklärten auch die Verhafteten, daß sie eine Gesellschaft gegründet hätten, die sich mit Vagabonds an der Universität beschäftigte. Die Verhafteten sollen auch während der Besetzung Budapests durch die Rumänen für Rumänien Spionagedienste geleistet haben. In Budapest herrscht wegen dieser Enthüllungen große Erbitterung, da diese Mäurerbande unter dem Schutz der Regierung und unter patriotischem Deckmantel monatelang ihr Unwesen treiben konnte.

Das Blatt des Herrn Stinnes. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, in der die wirtschaftlichen Interessen ihres Eigentümers, Herrn Stinnes, von kapitalistischen Volkswirtschaftlern und von übergelassenen Sozialdemokraten wahrgenommen werden, besitzt auch einen charakteristischen Inzeratenteil. Die Ausgabe vom letzten Samstag brachte auf den ersten zwei Seiten mit triumphierender Ueberschriften einen Huldigungsvortrag vom Hause Stinnes und verhehlte nicht, die Aussagen der Genauer vor dem Untersuchungsausschuss der Markstättungskommission mit hässlichen Worten herunterzusehen. Auf der dritten Seite nun, die den Inzeraten gewidmet ist, stand in großer Aufmachung folgendes Angebot:

Notgeber und Vertrauensmann eines der deutschen Finanzgenies auf volk- und privatwirtschaftlichem Gebiet, Dr. rer. pol. und Volkswirt, mit offen Mängeln und Mängelheiten der derzeitigen Gesetzgebung, die zwischen Geld und Papier besteht, vertraut, würde seine Tätigkeit bei gleichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen tauschen. Anfragen unter usw.

Hier wird also in unverhüllter Form ein Angebot zur Beihilfe der Steuerhinterziehung sowie sonstiger bedenklicher Machenschaften auf finanzpolitischem Gebiet ausgesprochen. Es ist nicht verwunderlich, daß das ausgerechnet im Blatt des Herrn Stinnes geschieht!

Verdächtige Verleitung zur Geschenkannahme. Der Verwalter der Bezirkskassette in Caslau Alois Moravec wurde dem Strafgerichte eingeliefert, weil er als Vertreter der Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Svepomoc“ in Caslau den Referenten Dr. Veronak im Ministerium für Soziale Fürsorge mit zwei Tausend Kronen beschenken wollte.

Der Raubmord in Teplitz. Aus Auffig wird uns berichtet: Die seit Montag, den 18. Juni von der Gendarmen der Bezirkes Auffig ununterbrochen verfolgten Nachforschungen nach dem Mörder haben den Erfolg gehabt, daß der Täter am 23. Juni auf dem Bahnhof in Teplitz verhaftet werden konnte. Der Mörder ist der in Auffig wohnhafte Elektrikmonteur Johann Hants. Bei der Hausdurchsuchung wurden die Kleider des Ermordeten, seine Taschenuhr, sowie verschiedene Gegenstände, die an der Leiche vermischt wurden, teils in der Wohnung, teils am Leibe des Verhafteten vorgefunden. Hants wurde dem Bezirksgerichte Karbisch eingeliefert und hat die Tat vollständig eingestanden. Die Gendarmen verhaftete außerdem zwei Mädchen in Auffig wegen dringenden Verdachtes der Teilnahme an dem Raubmord.

Gegen die Opium- und Morphiumseuche. Am 22. Juni trat in der Tschechoslowakei ein Gesetz in Kraft, das die Erzeugung, Einfuhr, den Verkauf, die Verteilung und die Ausfuhr von rohem und Medizinopium, Morphinum, Kokain und allen Präparaten, die mehr als 0,2 Prozent Morphinum oder 0,1 Prozent Kokain enthalten, der amtlichen Aufsicht unterwirft. Durch dieses Gesetz wird die Erzeugung, die Einfuhr, der Verkauf, die Verteilung, der Genuß und die Ausfuhr von verarbeitetem Opium sowie der Schlafen und aller Reste verarbeiteten Opiums verboten. Die Erzeugung wird nur hiezu berechtigten Personen und Unternehmungen gestattet, welche in ihren Büchern genaue Verzeichnisse über die Erzeugung etc. führen müssen. Diese Verpflichtung erstreckt sich aber nicht auf ärztliche Vorschriften und Verkäufe der ordentlichen berechtigten Apotheken. Die Bewilligung zur Einfuhr und Ausfuhr von Opiaten steht dem Handelsministerium im Zusammenhange mit dem Gesundheitsministerium zu. Ueberschreitungen unterliegen Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen, sofern sie nicht nach anderen Gesetzen strafbar sind, und können auch mit dem Verluste der Gewerbeberechtigung geahndet werden.

Verlässliches Geschäft, und Kanzleipersonal vermittelt die kostenlose Stellenvermittlung beim Arbeitsverband der Privat- und öffentlichen Angestellten in Prag II, Hybernjska ul. 7, 2. Stock, Tel. 4690.

Zum Weltkongress der Esperantisten, der vom 2. bis 8. August in Nürnberg stattfindet, haben sich bisher über 250 Teilnehmer aus 35 verschiedenen Ländern angemeldet. Während des Kongresses wird „Nathan der Weise“ und ein Singpiel von Mozart in Esperantoübersetzung von Berufsschauspielern aufgeführt.

Im Handgemenge erschossen. Vor einigen Tagen kam es auf einer Wiese in Billin zwischen einigen jungen Putschern und dem Flurhüter Ziegler zu einer Auseinandersetzung, als die Putschern, die auf der Wiese gelagert hatten, vom Flurhüter zum Weggehen aufgefordert wurden. Im Laufe des Wortwechsels zwischen Ziegler und dem 22-jährigen Josef Salat kam es zu einem Handgemenge, wobei plötzlich das Gewehr Zieglers losging und Salat in den Unterleib getroffen wurde. Er starb auf dem Wege ins Krankenhaus.

Wie die jungen Proletarier sterben.

Am Montag, gegen die Mittagsstunde hat sich der Arbeiter Karl Herlitz in Alt-Pohansen bei Tepitz wegen andauernder Arbeitslosigkeit erschossen. Er bediente sich zur Ausführung seiner Tat eines Robertgewehrs, dessen Hahn er mit dem Schürhaken löste. Der Schuss traf den Unglücklichen ins Herz, so daß er sofort tot war. Herlitz war erst zwanzig Jahre alt.

Am Sonntag vormittag verließ der 19-jährige Anton Burech aus Prag-Bistow die Wohnung seiner Eltern, um sich, wie aus einem zurückgelassenen Briefe hervorging, aus Furcht vor Lungentuberkulose, das Leben zu nehmen. Burech wurde noch rechtzeitig von der Polizei angehalten und auf Polizeikommissariat gebracht. Hier gelang es ihm nun, daß er in einem unbewachten Augenblicke eine kleine Flaschchen mit Gift, das er aus der Tasche zog, auszurufen. Er wurde im bewußtlosen Zustande ins Krankenhaus überführt.

Zwei Urteile über die Teilnahme an einem Streik.

Das Prager Handelsgericht beschäftigte sich am 15. Juni mit einer Klage, die der ehemalige Beamte der Zivnostenska Banka Gustav Franke gegen die Bank auf die Bezahlung einer Jahrespension von 16.000 Kronen eingebracht hat. Gustav Franke war zehn Jahre lang in der Zivnobank angestellt, wurde aber während des Streikes entlassen und später nicht mehr aufgenommen. Er führt in der Klage aus, daß ihm die auf seine Dienstjahre entfallende Pension gebühre, da die Prämien von der Bank voll zurückbehalten worden seien. Das Handelsgericht wies die Klage ab und verurteilte den Kläger zur Bezahlung der gesamten Gerichtskosten. In der Begründung wird ausgeführt, das Gericht habe zwar als erwiesen angenommen, daß der Kläger zehn Jahre lang definitiv Beamter der Bank war und die Pensionsprämien geleistet wurden, andererseits aber in Erwägung gezogen, daß sich der Kläger am Streik beteiligt und somit die Bestimmungen der Dienstpragmatik, die zu halten er sich bei seinem Eintritte verpflichtet hatte, gebrochen habe; denn ein Streik sei nicht nur ein gewöhnliches Fernbleiben von der Arbeit, sondern eine Verweigerung der Pflichterfüllung und ein Gewaltakt, durch den der Dienstnehmer Vorteile für sich zu erzwingen sucht. Durch den Bruch der Dienstvorschriften habe der Kläger seinen Pensionsanspruch verwirkt.

In Innsbruck ist vorigen Monat ein Streik der Handlungsgesellen ausgebrochen und nach dessen Beendigung wurden einige Angestellte von ihren Arbeitgebern wegen Teilnahme an dem Streik entlassen. Darauf wurde die Entscheidung des Einigungsamtes angerufen und dieses hat folgende Entscheidung gefällt: Die Entlassung der Angestellten wird für ungültig erklärt. Die Begründung dieser Entscheidung besagt:

Auf Grund des beiderseitigen Vordringens steht fest, daß die Beschwerdeführer am 11. Mai in den Streik getreten sind und nach dessen Beendigung am 16. Mai von ihren Arbeitgebern entlassen wurden. Es ist ferner unbestritten, daß der Streik von der Gehilfenversammlung, in welcher alle Organisationen der Gehilfen vertreten waren, beschlossen wurde. Darnach war der Streik der Handlungsgesellen kein sogenannter „wilder“ oder nur von einzelnen Gruppen der Gehilfenschaft veranlaßter Streik, sondern beruhte auf einem Beschlusse der Vertretung aller Gehilfen. Ein solcher Beschluß ist aber nach den unter organisierten Arbeitnehmern herrschenden Grundsätzen für alle verbindlich. Ein Nichtbefolgen des Beschlusses könnte für die Betroffenen schwere Folgen wirtschaftlicher Natur nach sich ziehen, und z. B. den persönlichen Boykott, den Ausschluß aus der Organisation und den Verlust der damit verbundenen Vorteile (Rechtsschutz, wirtschaftliche Begünstigungen). Der psychische Zwang, der durch einen Streikbeschlusse auf die Beteiligten ausgeübt wird, ist daher sehr groß. Diezu tritt noch die Gefahr des physischen Zwanges durch gewaltsames Behindern an der Arbeitsaufnahme im Falle der Nichtbefolgung des Beschlusses. Aus dem Betriebsratsgesetz ergibt sich ferner für den Arbeitnehmer der Schutz gegen Eingriffe in die Koalitionsfreiheit. Das Recht, einen allgemeinen Zustand zu beschließen, wird aus dem Koalitionsrechte abgeleitet. Es ist daher auch die Beteiligung an einem solchen Zustande im Koalitionsrechte begründet. Hieraus ergibt sich, daß die Befolgung eines Streikbeschlusses für den Angestellten einen rechtmäßigen Hintergrund für das Unterlassen der Dienstleistung bildet, also der Entlassungsgrund des Angestelltenchutzgesetzes in diesen Fällen nicht vorliegt und andererseits die Entlassung nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes anfechtbar ist. Es kann dieser Auffassung die Erwägung gegenübergestellt werden, daß auch Beschlüsse der Arbeitgeber-Organisationen (so z. B. Handlungsgesellen) für alle Mitglieder bindend sind und daß eine Nichtbefolgung eines solchen Beschlusses auch für den Arbeitgeber ähnliche Folgen, wie oben erwähnt, haben kann. Das Einigungsamt fand daher die ausgesprochenen Entlassungen, zumal sie nur wenige aus vielen betreffen, als dem Gesetze nicht entsprechend, weshalb sie für unzulässig erklärt wurden.

Dieser zwei Urteilen braucht wohl kein Kommentar hinzugefügt werden, sie sprechen für sich selbst.

Kalte Sommer.

Die bekannten „ältesten Leute“, die sich nie erinnern können, jemals einen so miserablen Sommer erlebt zu haben — diesmal haben sie recht. Es ist in der Tat seit Menschengedenken in Mitteleuropa kein Sommer vorgekommen, der so völlig ohne Wärme und Sonnenschein gewesen wäre wie der diesjährige. Mochte auch ein Sommer noch so kühl, regnerisch und unfruchtbar sein — er hätte doch immerhin gewöhnlich wieder einmal einige wärmere Tage, und selbst wenn diese fehlten, war die Temperatur im allgemeinen doch nicht so niedrig, daß man sich, wie jetzt, in warme Winterkleider hüllen müßte und dabei ein Sehnsucht nach dem warmen Osten empfand. In dieser Hinsicht stellen Frühling und Vorfrühling 1923 jedenfalls eine Anomalie dar, die auch für den nicht eben wahrscheinlichen Fall, daß der Hochsommer noch warm werden sollte, unter allen Umständen ein höchst bedauerliches meteorologisches Phänomen bleiben wird.

Zieht man in der mitteleuropäischen Witterungsgeschichte noch Analogien für dieses Phänomen, so muß man weit über den Zeitraum zurückgehen, den die lebende Generation selbst gesehen hat, und aus der Witterungsgeschichte die mutmaßlichen Gründe für einen solchen abnormen Sommer abzuleiten versuchen. Da zeigt sich nun, daß, wie die milden und kalten Winter, mehr noch auch die Sommer die Neigung haben, gruppenweise aufzutreten. So lesen wir mit blassem Reid in Bettes „Klima von Berlin“, daß von 1756 bis 1770 fünfzehn wärmere Sommer ununterbrochen aufeinander gefolgt sind. Von 1791 bis 1798 folgten deren acht, von 1778 bis 1783 ihrer sechs und ebensoviele von 1872 bis 1877. Es sei hierbei eingeschaltet, daß diese klimatischen Erscheinungsfälle ohne weiteres für ganz Norddeutschland und, mit nur geringen Einschränkungen, auch für das übrige Mitteleuropa als gültig angesehen werden können. In den letzten Jahrzehnten waren diese Perioden warmer Sommer weit kürzer; die letzte Reihe aufeinander folgender warmer Sommer hat es von 1904 bis 1906 gegeben, also nur drei unmittelbar hintereinander. In den seither verstrichenen 17 Jahren standen die warmen Sommer alle vereinzelt, allenfalls, wie 1920 und 1921, paarweise.

Aber wir brauchen unsre Antworten nicht zu beneiden. Auch früher hat es lange Reihen von Sommern gegeben, die zu kalt waren. Die schlimmste derartige Periode war die von 1730 bis 1747, in der nicht weniger als 18 kühle Sommer ununterbrochen aufeinander gefolgt sind. Auch die Reizeit hat eine bemerkenswert lange Reihe kühler Sommer erlebt: die Sommer von 1881 bis 1888, also ihrer acht, ohne Unterbrechung. Leute in vorgerückteren Jahren werden sich dieser langen Periode kühler Sommer noch entsinnen können. Auch von 1812 bis 1817 hat es sechs unmittelbar aufeinander folgende kühle Sommer gegeben, und während der letzten 200 Jahre sind nicht weniger als sechsmal je vier kühle Sommer unmittelbar aufeinander gefolgt. Je drei kühle Sommer folgten sich viermal, je zwei siebenmal. Das ist ja auch in diesem Jahre der Fall; denn der Sommer 1922 muß unbeschadet seiner beträchtlichen Frühlings- und Vorfrühling wegen der vorwiegend regnerischen Hochsommermonate und des sehr unfruchtlichen Septembers ebenfalls zu den kühlen Sommern gerechnet werden. Jedenfalls zeigen diese Erfahrungen, daß sowohl auf einen warmen wie auch auf einen kühlen Sommer mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zweiter warmer oder kühler Sommer folgen wird, und wir können uns schon glücklich preisen, wenn sich die Reihe solcher Sommer nicht, wie im 18. Jahrhundert, durch mehr als ein halbes Menschenalter hindurch fortsetzt.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß so anhaltende Perioden sommerlicher Kühle nicht irgendeinem Zufall entsprungen sind, sondern bestimmte, vermutlich kosmische Ursachen gehabt haben müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in solchen Zeiten eine starke Trübung der Atmosphäre geherrscht haben, durch die die Intensität der Sonnenstrahlung verringert gewesen ist. Wirklich ist es unmöglich nachträglich zu ermitteln, ob damals die Erde vielleicht eine gewaltige Wolke kosmischen Staubes passiert hat, durch die die Sonnenkonstante herabgesetzt worden ist. Denn merkwürdigerweise waren in jener achtzehnjährigen Periode kühler Sommer die meisten Winter warm, und war regelmäßig alle Winter noch den besonders kühlen Sommern mit weniger als 16 Grad mittlerer Temperatur. Das ist ohne weiteres einleuchtend: die starke Trübung der Atmosphäre, die im Sommer die Erwärmung durch die Sonnenstrahlen verhindert, verhindert im Winter die Ausstrahlung der Wärme in den Weltraum. Wahrscheinlich dringt in solchen Jahren auch kosmischer Staub in größeren Mengen bis in die oberen Schichten der Atmosphäre und erzeugt infolge der durch ihn gebildeten Kondensationskerne viel Wolken. Ja, man geht heute sogar so weit, die Ursache der auf andre Weise nicht befriedigend zu erklärenden Eiszeiten auf eine allgemeine Abkühlung der Erdoberfläche durch Verringerung der Strahlungswärme der Sonne zurückzuführen, und zwar in sehr langen, Tausende von Jahren umfassenden Perioden. Man müßte dazu allerdings annehmen, daß unser Sonnensystem während dieser

Zeiten Gebiete durchstößt hat, die mit dunklen kosmischen Nebeln von ungeheurer Ausdehnung angefüllt sind. Diese Möglichkeit ist durchaus gegeben und wird von den Astronomen gerade in jüngster Zeit mehr als je in den Kreis ihrer Berechnungen gezogen.

Nun brauchen wir zwar nicht gleich zu befürchten, daß die Erde einer neuen Eiszeit entgegengeht; denn das würde so lange Zeiträume erfordern, daß ein Menschenleben bei weitem nicht ausreicht, um auch nur bestimmte Anzeichen einer solchen Katastrophe wahrzunehmen. Aber es gibt auch kürzere Klimawandlungen, in denen sich ziemlich scharf die Sonnenselenperioden widerspiegeln. Außerdem hat Bräuner längere, im Mittel etwa 35jährige Perioden der Klimawandlungen nachgewiesen. Diese bejahen aber für einzelne Jahreszeiten naturgemäß auch nicht viel; denn es kommt sehr wohl vor, daß sich inmitten einer längeren Periode kühler Sommer auch einmal ein heißer findet, wie z. B. der heiße Sommer 1911 inmitten der langen Periode kühler Sommer, die mit 1907 begann und mit 1913 endigte, wobei die beiden Extreme der Periode hinsichtlich ihrer Sommerfalte und der Regenhäufigkeit wahre Rekordjahre bildeten, 1907 für das nördliche, 1913 für das südliche Mitteleuropa. Jedenfalls müssen wir uns hüten, aus den anderthalb Monaten Frühjahrs- und Sommerwetters, die wir jetzt hinter uns haben, zu weitgehende Schlüsse zu ziehen. Wenn solches auch in den letzten Jahrzehnten in so krasser Ausprägung nicht mehr vorgekommen ist, so hat es doch in früheren Jahrhunderten, wie aus alten Chroniken hervorgeht, dergleichen ebenfalls schon gegeben. Ja, es sind noch viel krassere Fälle von Sommerfalten erlebt worden, ohne daß sich deshalb gleich das Klima geändert hat. Lassen wir uns also, solange der Regen rieselt und die Luft kalt ist, in Geduld und warten wir ab, bis sich wieder einmal das Gegenteil einstellt. Vor zwei Jahren hat alle Welt über die unerträglich Hitze geklagt; wenn es jetzt mitten im Sommer nachalt wie im Vorfrühling oder Herbst ist, so ist das nur der Ausschlag des klimatischen Pendels nach der anderen Seite.

Ballistik und Sozialpolitik.

Der zweite deutschösterreichische Gewerkschaftskongress. (Eigenbericht.) Montag ist in Wien der zweite Kongress der österreichischen Gewerkschaften zusammengetreten, der von 358 Delegierten besetzt ist, die 1.050.000 Mitglieder vertreten. Aus dem Auslande ist Sassenbach (Amsterdam) für den internationalen Gewerkschaftsbund, Leihar und Gertrud Hanna für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Süß für den Afbund, Schäfer für die deutsche Zentralgewerkschaftskommission in der Tschechoslowakei, Remecel für die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission, Jaszai für den ungarländischen Gewerkschaftsrat und De Rode für das Internationale Arbeitsamt in Bern erschienen. Der Kongress wurde von Domes eröffnet, worauf nach Wahl des Präsidiums die auswärtigen Delegierten, unter ihnen Genosse Schäfer, dann Zeit für die sozialdemokratische Fraktion, dann Zeit für die sozialdemokratische Fraktion im Namen der sozialdemokratischen Gemeindemehrheit von Wien Bürgermeister Neumann Ansprachen an den Kongress hielten. Den Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission erstattete Hueber, der sich auch mit der Behauptung beschäftigte, daß die Löhne der österreichischen Arbeiterkraft die Goldparität bereits überschritten hätte. Hueber weist diese Behauptung zurück, wobei er nachweist, daß dies nur für die im Frieden am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien zuträfe. Hueber sagt, daß diese Behauptung der Unternehmer die Arbeiterkraft anspornen müsse, die Goldlöhne zu erziehen. Wenn man uns die sozialen Ertragsgewinne nehmen wolle, so erklären wir hier, daß die Arbeiterkraft alle Kräfte entessen werde, um diesen Kampf erfolgreich zu bestehen. Hueber kam auch auf den Kampf zwischen Staat und Staatsangestellte zu sprechen und erklärte, daß der Gewerkschaftskongress allen Angestellten ohne Unterschied der politischen Überzeugung seine Sympathien anspreche. Wenn man den Angestellten das Koalitionsrecht nehmen wolle, so werde man die Arbeitergewerkschaften auf Seite der Angestellten finden. An diesen Bericht Huebers schloß sich eine lebhafteste Debatte, über die noch zu berichten sein wird.

Die Kohlenbarone rüsten zu neuen Kämpfen. Das „Rote Brävo“ druckt ein Rundschreiben folgenden Inhaltes ab, das die Kohlengröbhaber an ihre Kunden versenden: Vertraulich! P. Z. — Wie wir vertraulich erfahren haben, beabsichtigen die Gewerkschaftsorganisationen des Ostau-Markwiner Reviers am 1. Juli den Kollektivvertrag, der seinerzeit mit den Bergarbeitern abgeschlossen wurde, zu kündigen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß nach der Kündigung dieses, bzw. vor dem Abschluß des neuen Vertrages die üblichen Kämpfe ausbrechen werden. Wir möchten ungern den Verdacht erwecken, daß wir diesen Umstand mißbrauchen wollen, um einen Druck auf unsere verehrten Kunden auszuüben, daß sie ihre Aufträge beschleunigen oder erhöhen, nichtsdestoweniger halten wir es für unsere Pflicht, Sie auf diese Eventualitäten aufmerksam zu machen und überlassen es Ihrer Meinung, ob es nicht gut wäre, daß Sie sich rechtzeitig wenigstens mit der notwendigen Kohlenmenge eindecken würden. Wenn Sie uns in Aussicht stellen, bitten wir Sie, uns Ihren Kaufbekanntzugeben.“ — Das Blatt benützt diese Gelegenheit, um wiederum einmal nach der, wie es gerade paßt, notwendigen Einheitsfront zu rufen. Dieses Mal geht es sogar einen Riesenschritt weiter: es verlangt — man denke nur! —, daß im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe schon jetzt

Verhandlungen eingeleitet werden wegen Verschmelzung sämtlicher Bergarbeiterorganisationen zu einer einzigen Gewerkschaft im Staate! unwahr, man traue seinen Augen nicht. Die beharrlichen, leidenschaftlichen, ja grundsätzlichen Organisationspalter bekennen sich auf einmal wieder zur gewerkschaftlichen Einheitsform und fordern „die Bewirklichung der Grundfides: in einem Lande eine Gewerkschaft!“ Sind die Kommunisten nicht auch der Ansicht, daß das Proletariat dieses Staates der Bewirklichung dieser Idealzustände damals näher war, damals, als sie damit begannen, ihre Heilslehre zu verkünden und in die Praxis umzusetzen: erst zertrümmern und niederreißen, um dann aufzubauen?

Die Wahlen in den Zentralbetriebsauschuss der Tabakregie. In Ergänzung unserer knappen Meldung in der Samstagnummer teilen wir noch mit: Für die Regelung der allgemeinen Arbeiterangelegenheiten ist ein Zentralbetriebsauschuss für die bei der Tabakregie Beschäftigten vorgesehen. Dieser wird von den gewählten Ortsbetriebsauschussmitgliedern der 19 Fabriken gewählt. Er besteht aus vier Mitgliedern der ersten Sektion (Beamten), aus drei Mitgliedern der zweiten Sektion (Unterbeamten) und aus neun Mitgliedern der dritten Sektion (Arbeiterkraft). Für die erste und zweite Sektion wird die Wahl nach dem Majoritätsprinzip durchgeführt. Für die dritte Sektion nach dem Proporz. Die Wahl in den Zentralbetriebsauschuss selbst wurde in den Fabriken im Juni durchgeführt. Am 22. Juni d. J. wurde bei der Zentraldirektion der Tabakregie in Prag das Statutium und die Eröffn. der Wahlprotokolle vorgenommen. Bei dem Statutium waren anwesend die Sekretäre der Organisationen und die Vertrauensmänner der Sektionen. In der ersten Sektion wurden die Kandidaten der Organisation mit 42 Stimmen, in der zweiten die Kandidaten mit 39 Stimmen gewählt. In der dritten Sektion entsfielen auf die vereinigte deutsche und tschechische sozialdemokratische Liste 99 Stimmen und sechs Mandate, auf die vereinigte deutsche und tschechische christlich-soziale Liste 38 Stimmen und zwei Mandate und auf die tschechisch-nationale Arbeiterpartei 19 Stimmen und ein Mandat. Von den Erfahrmännern entsfielen auf die Sozialdemokraten drei, auf die Christlichsozialen ein und auf die Tschechisch-nationalen ein Mandat. Der Zentralbetriebsauschuss besteht aus neun Mitgliedern und fünf Erfahrmittgliedern. Die vereinigten sozialdemokratischen Parteien haben daher im Zentralbetriebsauschuss die Zweidrittelmajorität. Die Betriebsauschussmitglieder aus Munkacs haben für den Zentralbetriebsauschuss nicht gewählt. Die deutsch-nationale und die christlich-soziale Partei hat bei den Wahlen in den Betriebsauschuss große Anstrengungen gemacht und mit argen Verleumdungen gearbeitet. Die deutsch-nationale Arbeiterpartei erhielt trotz ihres mit Verleumdungen und größter Rücksichtslosigkeit geführten Wahlkampfes bei den Ortsbetriebsauschusswahlen nur 6 Stimmen, sie war also von der Wahl in den Zentralbetriebsauschuss ausgeschlossen, da die Wahlziffer 17 betrug. Trotz aller Verleumdungen konnten die vereinigten christlichen Parteien nur 2 Mandate erreichen.

Kollkrieg auch mit Frankreich? Die zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich wegen Abschluß eines neuen Handelsvertrages geführten Verhandlungen sind auf einem toten Punkte angelangt und die tschechoslowakischen Unterhändler haben Paris verlassen. Der Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen (Zvaz) hielt eine Beratung ab, bei der der Standpunkt Frankreichs als unannehmbar bezeichnet und erklärt wurde, daß ein vertragsloser Zustand dem von Frankreich gewünschten Modus vorzuziehen sei. Bemerk sei, daß die tschechoslowakischen Unterhändler die französischen Forderungen glatt angenommen haben, aber hierfür die Gewährung der Meistbegünstigung verlangten, die jedoch Frankreich beharrlich ablehnte. Es dürfte somit, falls Frankreich unanachgiebig bleibt, mit 15. Juli ein vertragsloser Zustand eintreten, der einem Kollkrieg gleichkommt.

Vor einer furchtbaren Verschärfung der Krise in der westböhmischn Industrie. In der „Wirtschaft“ lesen wir: Die Industrie in Westböhmen ist nach wie vor bemüht, sich den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, d. h. die Betriebe wenigstens soweit aufrechtzuerhalten, daß die durch den Anfall der normalen Arbeitszeit ohnehin stark in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterkraft nicht noch härter betroffen und das Elend, das speziell im Palsenau-Karlsbader Gebiete weite Kreise ergriffen hat, nicht noch vermehrt wird. Aber trotz der Opferwilligkeit der Gruben-, Porzellan- und Glasfabrikbesitzer geht die krisenhafte Entwicklung weiter. Es ist nur noch eine Frage von Wochen, daß an einen neuen Abbau der Belegschaften in den westböhmischn Braunkohlenebieren wird geschritten werden müssen, und diesmal dürfte es nicht weniger als 10.000 Menschen treffen, während die übrigen bleibende Arbeiterkraft noch weniger Schichten als bisher fahren wird. Da auch die Mehrzahl der Porzellanfabriken nur sehr schwach beschäftigt ist, die Glasfabriks-N. G. in Chodan ganz bedeutend die Löhne kürzen mußte, die Fabriken der Glas-N. G. in Neusattl jetzt endlich nach halbjährigen unfreiwilligen Stillstand von vier Tufen erst einen einzigen anheizen konnte, bietet sich heute in Westböhmen ein wirtschaftliches Bild dar, das wenig erquickliche Perspektiven für die Zukunft eröffnet. — Angesichts dieser hereinbrechenden Katastrophe für zehntausende Arbeiter drängt sich vor allem die Frage auf: was beabsichtigt die Regierung zur Linderung des grauenvollen Elends, in das von neuem

ungezählte Arbeiter gestürzt werden sollen, zu unternehmen? Will sie weiter warten und mit beschränkten Armen die Dinge an sich heran kommen lassen?

Das Textilarbeiterleben wächst. Die „Reichenberger Zeitung“, sozusagen das Fachblatt der Textilindustriellen, schreibt: Die Krise in der Textilindustrie verschärft sich von Woche zu Woche. So beschäftigt die Firma Goldschmidt in Delbrück die 600 Arbeiter beschäftigt, den Betrieb einzustellen. Auch andere Fabriken müssen an die Reduktion denken, da die Bestellungen nurmehr auf vier Wochen laugen und es nach den bisherigen Erfahrungen natürlich keinem Hersteller mehr einfallt, auf Lager zu arbeiten.

Pensionsversicherungsfrage der Chauffeure, Heizer und Rüstler. In der gestrigen Sitzung der Verwaltungskommission der allgemeinen Pensionsanstalt wurde beschlossen, die Vorschläge zu beantragen, die Versicherungsfrage der Chauffeure und der Lenker von Explosionsmotoren überhaupt, weiter der Heizer und der Rüstler weiter anzuerkennen.

Die Zentralorganisation der Postverkehrsbeamten fasste in ihrer am Freitag stattgefundenen Sitzung eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, der wachsenden Teuerung energisch zu steuern. Weiter fordert die Resolution die Wiedergutmachung des durch das Gesetz vom 20. Dezember 1922 den Staatsangestellten zugesetzten Unrechtes und die Einbringung eines Gesetzesentwurfes in die Nationalversammlung, der die Krankenversicherung der Staatsangestellten mit einem selbständigen Fond für die Postangestellten vorsieht. Schließlich protestierten die Verkehrsbeamten dagegen, daß Post-, Telephon- und Telegraph als staatliche Gewerbebetriebe erklärt werden, da die Post ein gemeinnütziges Institut sein müsse.

Sowjetrußland — Ausbeutungsobjekt des internationalen Kapitalismus. In Petersburg traf eine Gruppe englischer Finanziers ein, um über Konzessionen in Angelegenheit der Exploitation der Wälder und des Fischfanges im Murmangebiete zu verhandeln. — (Die „blöden Konzessionen“, von denen Krassin sprach, wollen, wie sich hier zeigt, noch lange nicht aufhören.)

Nischenhafte Verluste bei der „Pozenkoba banka“. Nach den Ergebnissen der Bücherüberprüfung stellen sich die Verluste der Bodenbank viel größer als man sie im ersten Augenblick angenommen hat. Gläubiger mon vor Monaten, die Verluste betragen 120 Millionen, so ist nun festgestellt worden, daß die Verluste 192 Millionen ausmachen. Die Bodenbank stellt damit unter allen verfallenen Banken den Rekord auf.

Bankinsolvenzen in Holland. Nachdem vor wenigen Tagen die Kreditvereinigung der Hanzebank in Hertogenbosch ihre Zahlungen eingestellt hat, teilt jetzt die Hanzebank zu Utrecht mit, daß sie ihre Zahlungen einstellen müsse. Eine Untersuchung hat ergeben, daß eine Reihe von Krediten, die ursprünglich nach guten Grundlagen bewilligt worden waren, mittlerweile geworden sind. Die Leitung der Bank hat beim Gericht einen Zahlungsaufschub beantragt. In die Sparbank der Hanzebank in Utrecht, die ihre Gelder bei der Hanzebank deponiert hinterlegt hat, ist die Mitteilung ergangen, daß die Zahlungseinstellung der Hanzebank den Verlust von etwa 25 pCt. der Einlagen nach sich ziehen werde, die restlichen 75 pCt. könnten als gesichert erscheinen. Die Hanzebank in Utrecht arbeitet mit fünf Millionen Gulden, sie steht in Interessengemeinschaft mit der Bank gleichen Namens in Hertogenbosch. Beide Banken haben versucht, durch eine im Verhältnis zum Grundkapital außer-

gewöhnlich hohe Zahl von Zweigniederlassungen namentlich die kleinen Gewerbetreibenden und Sparbanker zur Vergabe von Geldern zu gewinnen. In holländischen Großbankentzügen wurde diese Tätigkeit schon seit längerer Zeit als wenig lohnend angesehen, und es ist auch mit einer Stützungsaktion durch die holländischen Großbanken nicht zu rechnen.

Krassin über die Wirtschaftslage Rußlands. Wie der „Corriere della Sera“ aus Nizza meldet, veröffentlicht die russische Sozialrevolutionäre den Vorklang eines Briefes Krassin über die Wirtschaftslage Rußlands. Der Volkskommissar des Handels schreibt u. a.: „Auf dem Papier haben wir alles, aber in Wirklichkeit stehen wir am Rande des Abgrundes. Die blöden Konzessionen müssen aufgehört werden. Um Kredite zu erlangen, müssen wir endgültig verkaufen und nicht verschleierte Abtretungen machen. Es handelt sich daher darum, das Eigentumsrecht wiederherzustellen. Nur unter diesen Bedingungen wird Europa die russische Regierung anerkennen. Das Eigentum anerkennen heißt aber, den früheren Besitzern es zurückzugeben und sie zu entschädigen. Für Rußland besteht die Gefahr nicht in den militärischen Plänen Lord Curzons, weil Europa nicht beabsichtigt, uns anzugreifen. Das Verhängnis ist, daß Europa uns zu vergessen beginnt und sich nicht mehr um uns kümmert. Wenn es so weiter geht, wird der Augenblick kommen, da Europa Rußland nicht mehr bedarf. Der Zusammenbruch des Sowjetregimes würde dann unermesslich sein.“

Devilenturke.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frant 16.71.50 Berlin Mark 3450.00 Wien österr. Kr. 2128.00

Prager Kurse am 25. Juni.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, 100 belg. Franks, etc.

Züricher Schlusskurse am 25. Juni.

Table with 3 columns: City, Gold, Ware. Includes Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Dienstag die neunzehnjährige Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“; morgen Mittwoch Gastspiel Chamlee Flondor „La Traviata“; Donnerstag Abschied Louis Jling „Die Bajadere“; Freitag neunzehnjährig Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt“; Samstag Abschied Jling „Frasquita“; Sonntag Mozart-Infus III „Figaros Hochzeit“.

Kleine Bühne. Heute Dienstag „Vence und Lena“; morgen Mittwoch und Freitag „Die gestohlene Stadt“; Donnerstag „Komisch Guterl“; Samstag und Sonntag Gastspiel Sanjara „Leonore“.

Aus der Partei.

Veranstaltungen über den Hamburger Kongress. Senator Genosse Wilhelm Riechert spricht am Mittwoch um 8 Uhr abends in Warnsdorf und am Donnerstag um 8 Uhr in Rumburg über den Hamburger Kongress.

Turnen und Sport.

Sport vom Sonntag.

DfC. gegen Dresdensia 6:3 (4:0). Die Dresdener, eine unbedeutende Mannschaft, die das typische Spiel schlechter mitteldeutscher Mannschaften pflegt, wären vom DfC. zu Anfang der Saison zweifelhafte ge schlagen worden. In Anbetracht des wohlwärtigen Zweckes konnte man sich schließlich auch mit diesem Gegner abfinden. Keineswegs aber heiligte der Zweck die Art des Spieles der Heimischen. Der DfC. macht scheinbar wieder eine Krise mit. Jeder Spieler zeigte sich äußerlich keine Unruhe, Vorwürfe und Schimpfworte wurden gewechselt, was schon mit Rücksicht auf die Zuleher eine große Unangenehmheit ist, vom Spiel ganz zu schweigen. Schließlich verlor die verkehrte Aufstellung — die beiden besten Stürmer spielten auf den Außen — alles. Von Kombination war nichts zu sehen, jeder Mann „spielte“ auf eigene Faust. Die Dresdener gaben drei Schüsse aufs Tor und der Torhüter Eisler — ließ alle drei passieren. Eine große Zäsurierung in der Mannschaft ist nötig, soll nicht der DfC. die Sympathien, denen er sich noch in Prag erfreut, gänzlich verlieren. Denn wie z. B. vorgestern der DfC. gegen eine Prager Mannschaft von Mittelklasse abgekommen hätte, kann sich jeder leicht vorstellen. — Weit besser gefiel das nachfolgende Spiel der Reserve mit der sympathischen russischen Studentenmannschaft S. R. u. S., das die Deutschen 2:0 gewannen. An dem eifrigen und fairen Spiel beider Mannschaften konnten sich verschiedene „Annonen“ ein Beispiel nehmen. — Slavia gegen Cschie Karlin 2:1 (1:1). Ein sehr schöner Kampf gleichwertiger Gegner, den die Slavia mit viel Glück gewann. Die Karolinentaler waren leicht überlegen, konnten aber infolge Schußunsicherheit ihrer Stürmer das Resultat nicht richtigstellen. — Sparta gegen Rapid in Wien 4:0 (2:0). Die Sparta führte Sonntag in Wien ein prächtiges Spiel vor rund 50 000 Zuschauern vor und gewann wie sie wollte. Durch ihre

Mitteilungen aus dem Publikum.

Eine Frage: Waren Sie schon im Photo Studio Prag Bäckelstraße 15. 1703

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Die Volksbuchhandlung In einer Stunde

Das Metall Philosophie Weltgeschichte Kunstgeschichte Weltliteratur Deutsche Literatur Physik, Chemie. unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angekündigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Siege in den letzten vierzehn Tagen (gegen Slavia 6:4, Maffabi 3:0, DfC. 7:1, Mor. Slavia 5:1, Rapid 4:0) hat Sparta einen Rekord aufgestellt, den ihr in keinem so kurzen Zeitraum wohl keine andere Mannschaft nachmachen wird und der ihrem Können und ihrer Ausdauer alle Ehre macht. — Weitere Resultate: Prag: Viktoria Zizow gegen Liben 4:3, OAFG. gegen Slavia VIII 3:3, Brno: vice gegen Viktoria Weinberg 1:1, Sparta Roske gegen Malostranský 6:4, Cschie I gegen Sportklub der 2:0. — Karlsbader FA. gegen Teplischer FC. 3:2. — Reichenberger EA. gegen DSA. Gablonz 3:2. — Brünn: Zidenice gegen Mor. Slavia 5:2. Bei Zidenice neu die beiden Novaks und Carvan von Union Zizow und Wita von OAFG. Brünner Sportklub gegen Brünner TB. 1:0. — Rätzig: gräh: Union Zizow gegen EA. Grad. Kral. 2:0. — Pilsen: Viktoria Pilsen gegen Ruffin EA. 4:1. — Lissabon: Meteor VIII gegen SC. Mau. ritmo 4:3. — Agram: Salsob Wien gegen Gast 1:0; gegen Concordia 3:1. — Deutschland: 1. FC. Nürnberg gegen Bayern München 3:2; SpV. Jülich gegen VfV. Leipzig 7:1. — Wien: Admira gegen Rudolfsbühl 5:2, Sportklub gegen WAF. 5:1. — Raab: WZA. gegen Symbalben 2:0; Entscheidung der ungarischen Meisterschaft. — Mittwoch spielt der Finalist der deutschen Meisterschaft Union Oberschönweide aus Berlin gegen die Sparta in Prag. Gegen die in Höchstform befindliche Sparta haben die Berliner keine rosigen Aussichten. — Am Freitag hat der DfC. den FA. Pardubice als Gast, am Sonntag findet in Komotau das Entscheidungsspiel um die tschechische Meisterschaft zwischen dem DfC. Prag und dem Prager DSA. statt. — Anfangs tritt die Slavia eine Tournee an, in deren Verlaufe sie Spiele in Konstantinopel und Bukarest absolvieren wird. — In unserem sonntägigen Bericht über das repräsentative Spiel des deutschen gegen den tschechischen Fußballverband war durch ein Versehen der Schluss weggelassen: Der Schiedsrichter, Herr Kraus, zeigte seine Unparteilichkeit, indem er ohne offensichtlichen Grund und ohne vorherige Verwarnung Röhler ausschloß, so daß das Spiel ebenso unerquicklich schloß, wie es verlaufen war.

Advertisement for 'Dalma' shoes. Includes text 'Tragen Sie Dalma', 'Kautschuk ablatze', 'Kautschuk lohlen', and an illustration of a shoe.

Die Urinache.

Roman von Leonhard Franl.

„Auch deshalb nicht... Und auch nicht gerade, weil er den Kleinen in meiner Gegenwart geprügelt hat.“ „Zonderen? ... Weil Sie sahen, wie die Haushälterin dem Lehrer einen Hundertmarkschein reichte.“ „Nein, nein, das ist nebensächlich...“ Wie ein Mensch, der im Alptraum verfolgt wird, sah er nicht vom Platze bewegen kann, empfand der Dichter der Fesseln wegen drückende Hilflosigkeit, wollte fortwährend die Hände gebrauchen, die von den Ketten wieder zusammengegriffen wurden. Aus Anstoß, sich nicht klar genug auszudrücken, wurde er sehr erregt. „Jetzt wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir ein wenig folgen würden.“ Er wandte sich an den Einäugigen: „Schon ein einziges vergessenes Jugenderlebnis hat also die Macht, mich eines Morgens von Berlin in die Heimatstadt zu schicken. Ich muß gehorchen. Weiß ich nicht, weshalb. Das vierzehn Jahre lang, bis zu diesem Morgen, gar nicht daran gedacht, zu reisen. Hatte keine Lust. Kostet Geld... Wenn nun schon das Eine so eigenmächtig mit mir umspringen kann, dann muß ich mir sagen — und das ist der glühende, tragische Punkt —, daß die ohne Zweifel zahllosen schändlichen Ainderbeis-erlebnisse zusammen, die vergessen und verdeckt in einem Menschen sitzen, ihn gegebenenfalls zu ihrem Werkzeug für jede Tat, welche es auch sei, machen können.“ Da legte der Dichter die Hände auf die Brust. „Ich sah beim Lehrer, der mich jahrelang geprügelt hatte und jetzt vor meinen Augen den Kleinen schändete, da wirkten plötzlich alle

diese vergessenen Erlebnisse eigenmächtig zusammen und erwürgten ihn.“ Er ließ die Hände sinken, sagte noch: „Plötzlich begeht man das Schreckliche; denn der eigene Wille ist fortgezogen.“ „Gut“, begann der Vorsitzende, „daß ein Mensch, wenn er zerstreut ist, manchmal etwas tut, irgendeine Dummheit begeht, ohne zu wissen, wie und was, ist uns bekannt...“ „Aber“, unterbrach ihn ein großer, vollblütiger Geschworener gereizt, „daß er in der Zerstreung einen Menschen umbringt, na, das ist ja... das ist Unsinn.“ „... aber, daß Sie wegen dieses, weiß Gott vor wieviel Jahren vergessenen Schulausfluges in die Heimatstadt gereist sind... wo steht das geschrieben? Und wo steht geschrieben, daß Sie sozusagen... mit Hilfe! noch anderer Erlebnisse gar jemand ermordet haben? Das glaubt Ihnen kein Mensch auf dieser Welt, auch wenn Sie nicht das Geld geraubt hätten... Ebensowenig, wie man glauben wird, daß Sie mit Hilfe anderer, ausgezeichnete, herrlicher Erlebnisse den Ermordeten wieder lebendig machen können.“ Der Vorsitzende stützte beide Hände auf das Pult, die Ellbogen seitwärts gespreizt. „Nicht anhören Sie sich einmal, wollen Sie sich denn mit diesen... diesen Geschichten verteidigen? Oder was wollen Sie? ... Verteidigen?“ Verlegen scharrte der Dichter mit dem Fuße, sah in die Erde, die Geschworenen an. „Ja, ich... versuche, Ihnen das Ereignis zu erklären.“ Unvermittelt kam wieder Entschlossenheit in sein Gesicht. „Glauben Sie mir“, sagte er zum Einäugigen, „wirklich, es kann vorkommen, daß ein dreißigjähriger Mann in seinem Zimmer sitzt, ganz ruhig bei der Arbeit, da hört er im Neben-zimmer einen Mann schimpfen und die geschlagene Frau ängstlich kreischen. Plötzlich packt ihn

eine rätselhafte, besinnungslose Wut: er hat den unbegreiflichen Drang, hinüberzustürzen und den Mann zu erwürgen. Hinterher kann er seinen Richtern nur sagen, daß der Fant — das Weinen der Frau im Nebenzimmer — ihm diese Wut verursacht hat, und weiß nicht, daß er sich wegen eines ähnlichen Janes, der aus dem Schlafzimmer seiner Eltern kam, vor fünfzwanzig Jahren im Kinderbettschen voller Grauen aufrichtete, in daß gegen seinen Vater, der die geliebte Mutter schlug. Seine Richter glauben ihm dann nicht, weil er, wenn er zur Bestimmung kommt, vielleicht einen Mantel mitnimmt, einen Apfel einsteckt, oder einen Hundertmarkschein, um fliehen zu können... Bei mir liegt die Sache ganz ähnlich. Sie verstehen mich doch?“ Der Einäugige notierte sich etwas und sah ruhig wieder den Dichter an, der das für eine bejahende Antwort nahm und freudig und hingegriffen dem Vorsitzenden zurief: „Ich will mich damit ja nicht entschuldigen! Ich bin so furchtbar schuldig geworden! Aber doch nicht wegen des Geldes, nicht wegen... dieses Geldes! Glauben Sie das nicht! Mein Word wurde von solchen Erlebnissen verursacht... Einmal ließ mich der Vater — weil ich meine Schiefertafel zerbrochen hatte und er, der Arbeiter, der abgeraderete Arbeiter, verstehen Sie doch! eine neue kaufen sollte — das eigene Linal holen; ich mußte die Hofe aussähen. Dann schnallte er mich auf den Stuhl fest und... vor der ganzen Familie. Das tat er... Am anderen Tag stürzte ich heulend zu Boden, nur weil ein Kamerad von mir ganz zufällig das Wort „Linal“ gebrauchte. Ich heute wie tobwütig, rannte aus der Stadt hinaus, stundenlang auf den Feldern umher, und zündete vor Qual und Hoffnungslosigkeit eine Zehenne an. Sie brannte ab... Viele Jahre wachte ich nicht, weshalb ich die Zehenne angezündet habe... Wenn man gerecht

ist, ganz gerecht, muß man sagen, daß nicht ich... sondern mein Vater der Brandstifter war.“ „Man könnte ja auch sagen, der Ungrosvater, der schon längst verwest ist!“ Das Gesicht des vollblütigen Geschworenen blähte sich auf, daß die Augen verschwanden. Sofort wandte der Dichter sich wieder an den Einäugigen, sah ihn eindringlich an. „Weil mir das alles so klar geworden war, fuhr ich dann noch einmal in meine Heimatstadt, in der Hoffnung, mich an vieles zu erinnern — an die furchtbaren Demütigungen, die mich ruiniert haben. Ich hoffte, ihnen mit meinen Erfahrungen, mit dem Bestand meiner dreißig Jahre, ihre böse Macht über mich endlich nehmen zu können... Alle Menschen sollten wieder einmal in ihre Heimatstadt zurückkehren. Das habe ich sogar geträumt.“ Er bewegte die Hände in großen Bogen von links nach rechts: „Einen ganzen Zug Menschen!“ „Run, und sind Ihnen solche Erlebnisse einfallen?“ fragte der Vorsitzende. „Mir? Nein... nein, es sind mir keine einfallen.“ „Wie denn!... Dann sollten Sie uns doch aber das alles nicht erzählen. Weshalb nur?“ Der Dichter schickte einen hilflosen Blick zum Einäugigen hin, zum Vorsitzenden. „Weil das so wichtig ist. So wichtig!“ „Aber nein doch! Es sind Ihnen ja keine einfallen.“ Des Dichters Mund blieb offen stehen. „Run?“ „Die ganze Stadt ist mir eingefallen... Und da ist auch ein unheimlicher Hohlweg, ein Mensch verschwindet... In den Hohlweg muß mir etwas Furchtbares geschehen sein. Aber ich weiß nicht, was. Weiß nicht, was. Glauben Sie mir doch. Um Gottes willen!“ (Fortsetzung folgt.)